Mir wird eben mitgeteilt, daß der Genosse Willy Brandt verzichtet. Ich frage, ob einer der vorgeschlagenen und hier bekanntgegebenen Genossinnen und Genossen die Wahl nicht annehmen will. Der Name Brandt wird von der Liste gestrichen und beim gedruckten Stimmzettel nicht in Erscheinung treten.

Die Kontrollkommission soll nach den Vorschlägen, die uns jetzt vorgelegt sind, folgende Zusammensetzung haben:

Bratke, Gustav, Hannover; Damm, Walter, Pinneberg; Höcker, Heinrich, Herford; Richter Georg, Düsseldorf; Schönfelder, Adolf, Hamburg; Seeser, Karl, Bayreuth; Steffen, Jakob, Mainz; Ullrich, Fritz, Stuttgart; Wittrock, Christian, Kassel.

Das sind die Vorschläge, die mir zur Wahl der Kontrollkommission unterbreitet sind.

Vorsitzender Löbe: Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, Arbeitsberichte des Parteivorstandes. Das Wort hat zunächst Genosse Franke.

Bericht des geschäftsführenden Parteivorstandes

Organisation

Egon Franke: Ergänzend zu dem Bericht im Jahrbuch 1947 über die organisatorische Entwicklung der Partei noch einige Bemerkungen. Die in den Jahrbüchern 1946 und 1947 angegebenen Zahlen zeigen, daß die Organisation von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Stillstand oder gar Rückgang an Mitgliedern oder Ortsvereinen ist in keinem der Parteibezirke festzustellen gewesen. Allein im Jahre 1947 ist die Zahl der Ortsvereine um 1059 gestiegen, so daß nunmehr in fast 40 % aller selbständigen Gemeinden, deren Gesamtzahl in den Westzonen einschließlich Berlins 23 500 beträgt, Ortsvereine der Partei bestehen. Hinzu kommen noch zahlreiche Stützpunkte und Einzelmitglieder in kleinsten Gemeinden und Flecken, die es uns ermöglichen, bis fast in die letzte Ortschaft vorzudringen, um besonders in Wahlzeiten unsere politische Werbung und Propaganda zu ermöglichen. 188 291 neue Mitglieder wurden 1947 geworben und der Partei zugeführt.

Nach dem bisherigen Überblick und den Berichten aus den Bezirken wird auch über dieses Jahr auf dem nächsten Parteitag zu berichten sein, daß die organisatorischen Zahlen in allen Bezirken eine aufsteigende Linie zeigen.

Im zurückliegenden Jahre wurden die Verbindungen der Partei zu den anderen sozialistischen Parteien der Welt wiederhergestellt durch einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in die internationale Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen. Die Teilnahme der vielen internationalen Gäste an unserem diesjährigen Parteitag zeigt, daß es eine herzliche Verbundenheit geworden ist.

Neben der Erweiterung unserer internationalen Beziehungen wurden im zurückliegenden Jahre durch fleißige Arbeit in vielen Sitzungen der verschiedenen Fachausschüsse Spezialfragen behandelt und Richtlinien erarbeitet, die allen Funktionären der Partei in der praktischen Arbeit zugute kamen. Alles in allem eine gute Entwicklung der Parteiarbeit, die noch nicht restlos zufriedenstellend ist, aber doch einen bedeutsamen Fortschritt gegenüber den ersten Jahren darstellt. Neben den zahlreichen im Jahrbuch aufgezeigten Ausschüssen bestehen zentrale Arbeitsgemeinschaften der Studenten, Lehrer, Ärzte und Juristen, die gleichfalls im zurückliegenden Jahre Konferenzen und Sitzungen abhielten.

Zu Steigerung unseres politischen Einflusses wurden neben der Wohnbezirksorganisation, die sich bestens bewährt hat, in den wichtigsten Industriegebieten Betriebsgruppen der SPD gebildet. Ihre Aufgaben sind es, politische Agitation in den Betrieben durchzuführen (die zwar noch bedeutend gesteigert werden muß) und den Versuch der Kommunisten zurückzuweisen, über die Betriebe und die Gewerkschaften wichtigste Schlüsselfunktionen in einem Ausmaß zu besetzen, das in einem umgekehrten Verhältnis zur Zahl ihrer politischen Anhänger steht.

Ergebnisse der Betriebsrätewahlen aus der jüngsten Zeit in allen Teilen unseres Organisationsgebietes, ob in Berlin, im Ruhrgebiet, in Süd- oder Norddeutschland, zeugen von der erfolgreichen Tätigkeit der Betriebsgruppenarbeit der Partei in Betrieben und Werkstätten.

Zur Förderung und klaren Umreißung ihrer Aufgaben wurde beim Parteivorstand ein Ausschuß gebildet, der wiederholt zu Sitzungen während des vergangenen Jahres zusammentrat, die besonderen Fragen diskutierte und die ersten Verbindungen zwischen den interessierten Genossinnen und Genossen herstellte. Mitteilungsblätter, Schulungskurse, Konferenzen und Versammlungen trugen zu den Erfolgen in den einzelnen Gebieten wesentlich bei.

Der in der Vorlage Nr. 4 aufgeführte Antrag Nr. 17 der Landesorganisation Hamburg unterstreicht erneut die Wichtigkeit der Betriebsgruppenarbeit. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, diesen Antrag anzunehmen und als Material an den Ausschuß für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit zu überweisen.

In diesem Zusammenhang ist der Antrag Nr. 18 des Unterbezirks Weser zu behandeln, der dem Parteivorstand empfiehlt, mit den Gewerkschaften dahingehend zu verhandeln, daß als Träger der Maifeiern die Sozialdemokratische Partei gilt. Dieser Antrag ist zurückgezogen. Der Antragsteller möchte aber zum Ausdruck bringen, daß die Partei den 1. Mai zu einem internationalen, sozialistisch betonten Feiertag überall da, wo es nur irgend möglich ist, gestaltet.

Zum organisatorischen Teil des Berichtes des Parteivorstandes gehören auch die Fragen, die im Zusammenhang mit der VVN entstanden sind. Den politisch, rassisch und religiös Verfolgten gehört die vorbehaltlose Unterstützung, Hilfe und Kraft der Partei. Auf dem ersten Parteitag, im Mai 1946 in Hannover, wurde diese Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht durch ein feierliches Bekenntnis und die Übernahme der Verpflichtung, zu arbeiten und zu kämpfen, damit die unsterbliche Idee der Freiheit, der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und des Friedens Wirklichkeit werde. Durch die Annahme eines Antrags auf dem Parteitag 1947 in Nürnberg wurden die Vertreter der Partei in allen Parlamenten verpflichtet, für die berechtigten Forderungen der ehemals Verfolgten einzutreten. Seither sind gesetzliche Bestimmungen, soweit deutsche Zuständigkeiten gegeben waren, unter aktivster Mitarbeit sozialdemokratischer Parlamentarier in zahlreichen Ländern geschaffen.

Der bisherige Bezirk Oberrhein, der neuerdings die Bezeichnung Mittelrhein führt, hat dem Parteitag den Antrag Nr. 10 unterbreitet, der erneut alle Vertreter der Partei in Parlamenten und verantwortlichen Regierungsstellen verpflichtet, für die berechtigten Forderungen der Verfolgten einzutreten und durch Einbringung von Gesetzen das Problem der Wiedergutmachung gesetzlich zu regeln und zu verankern. Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen dem Parteitag, den Antrag 10 anzunehmen.

Der Parteivorstand empfiehlt, den Antrag Nr. 16 aus dem Bezirk Mittelrhein, der die alljährlich an einem bestimmten Tage wiederkehrenden würdigen Gedenkfeiern zur Erinnerung an die durch den Naziterror gefallenen Freiheitskämpfer fordert, an den Parteivorstand als Material zu überweisen mit der besonderen Maßgabe, zu überprüfen, in welcher Form ein würdiges Gedenken tatsächlich durchzuführen ist.

In einem gewissen Zusammenhang mit meinen soeben erfolgten Ausführungen stehen die Anträge Nr. 11 bis einschließlich Nr. 15, die zur VVN und zu dem Beschluß des Parteivorstandes vom 6. Mai d. J. Stellung nehmen, der da besagt, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist. Seit über zwei Jahren beschäftigt sich die Partei in ihren gewählten Körperschaften mit der VVN. Das vorliegende und allen Delegierten überreichte Parteitagsmaterial enthält eine Zusammenstellung der wichtigsten Daten und zeigt auf, daß der Parteivorstand sich eingehend mit dieser Frage befaßt hat. Trotz oder gerade wegen der kritischen Stellungnahme des Parteivorstandes und Parteiausschusses zur VVN nahm die Entwicklung und Tätigkeit sowie die Tendenz der Publikationen der VVN immer mehr den ausgesprochenen Charakter einer poli-

tischen Hilfsorganisation der Kommunisten an. Diese Feststellungen wurden nach eingehenden Beratungen der Vertreter aus allen Bezirken der Partei gemacht und führten dazu, dem Parteivorstand zu empfehlen, einen Beschluß zu fassen, der besagt, daß die Mitgliedschaft in der VVN unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD ist.

Parteivorstand und Parteiausschuß empfehlen, die zu diesem Punkt vorliegenden Anträge wie folgt zu behandeln: Antrag 11 des Unterbezirks Essen anzunehmen, Antrag 12 erledigt sich durch die anderen vorliegenden Anträge; die Anträge 13, 14 sowie 15 abzulehnen. Zu Antrag 15 ist noch zu bemerken, daß es selbstverständlich dem Parteivorstand zustehen muß, Beschlüsse zu fassen. Dem Parteitag hat der Parteivorstand Rechenschaft abzulegen.

Nun noch einige Worte zu den besonderen organisatorischen Anträgen im Zusammenhang mit unserem Parteistatut. Die bevorstehende Neuordnung des westlichen Teiles Deutschlands wird vollkommen neue Situationen für organisatorische Regelungen und Formen auch unserer Parteiorganisation ergeben. Zahlreiche Anregungen zur Abänderung unseres Statuts aus den Bezirken von Genossinnen und Genossen, die täglich in der praktischen Organisationsarbeit stehen, zeugen von dem lebhaften Interesse, das der Gestaltung der Gesetze der Partei entgegengebracht wird. Es wäre jedoch meines Erachtens verfrüht, die im Verlauf eines oder mehrerer Jahre festgestellten Mängel durch die Annahme oder Ablehnung des einen oder anderen vorliegenden Antrags zur Abänderung des Parteistatuts beheben zu wollen.

Die vorliegenden Anträge 54 bis 58 zum Organisationsstatut sollen auf Vorschlag des Parteivorstandes und Parteiausschusses als Material dem Parteivorstand überwiesen werden mit der Maßgabe, daß der Organisationsausschuß in Verbindung mit den Bezirksorganisationen dem nächsten Parteitag ein überarbeitetes oder neues Statut zur Beschlußfassung vorlegt.

Finanzen und Verwaltung

Alfred Nau: Wenn wir in den Rechenschaftsberichten vor dem Parteitag Angaben über die Mitgliederbewegung machen, dann haben wir die Verpflichtung, nachzuweisen, daß es sich bei den von uns genannten Mitgliederzahlen nicht nur um das Ergebnis einer lediglich kunstvollen Statistik, sondern um echte Zahlen handelt. „Nur wer zahlt — zählt!" Diese Formulierung stammt nicht von uns. Wir haben sie einem Rundschreiben des Zentralsekretariats der SEP an die „Genossen Kassierer" entnommen, das kürzlich in unseren Besitz gelangte. Offenbar gewinnt man auch bei der SEP die Einsicht, daß Papiersoldaten kein Gewicht für die Organisation haben. Wir haben uns schon immer an diesen an und für sich selbstverständlichen Grundsatz gehalten und können mit Genugtuung berichten, daß die Beitragsmoral unserer Mitglieder hervorragend gut ist.

Im Jahre 1947 betrug die durchschnittliche Beitragsleistung der Gesamtmitgliedschaft rund 93 %. Aus den Abrechnungen der Bezirke der ersten beiden Quartale von 1948 ersehen wir, daß diese außerordentlich gute Beitragsleistung erhalten geblieben ist. Die rund 900 000 Mitglieder der Partei sind also zahlende und deshalb auch als echte Mitglieder zu bezeichnen. Die Einnahmen an Beiträgen betrugen 1947 rund 9½ Millionen Mark. Jedes Mitglied leistete damit im Durchschnitt einen Beitrag von 11,65 Mark im Jahre. Im Jahre 1928 lag der durchschnittliche Jahresbeitrag bei 7,56 Mark. Ergänzend muß noch hinzugefügt werden, daß die Bezirke für Sammlungen und Neuaufnahmen rund 2½ Millionen Mark vereinnahmten.

Mit Betonung dürfen wir feststellen, daß die Einnahmen unserer Bezirksverbände den Betrag von 12 Millionen erreichten. Diese 12 Millionen Mark verkörperten eine imponierende Finanzkraft. Eine besondere Bedeutung erhält diese Summe durch die Tatsache, daß sie sich aus Millionen von kleinen und kleinsten Beiträgen zusammensetzt. Die vielen Tausende unserer Funktionäre, die draußen als Kassierer ihre Tätigkeit ausüben, haben eine gewaltige Arbeit geleistet. Diese Anerkennung vor dem Parteitag auszusprechen, ist uns eine innere Pflicht. Unsere

Funktionäre sollen damit auch erkennen, welche Kraft durch ihre Arbeit geschaffen wurde. Wir sind überzeugt davon, wenn dem letzten unserer Kassierer in den Distrikten, Abteilungen und Ortsvereinen die hohe Bedeutung seiner Funktion bewußt wird, dann muß die Arbeit noch erfolgreicher gestaltet werden können. Alle diese Genossen tragen vor der Partei eine hohe Verantwortung. Durch ihre saubere, emsige Kleinarbeit *ist die große Organisation der Partei geschaffen worden.* Diese Organisation weiter auszubauen, um die politischen Zielsetzungen zu erreichen, ist die Aufgabe der Gegenwart. Dazu gehört im besonderen die Verstärkung der Finanzmittel.

Nach unserer Auffassung sind in einer Reihe von Bezirken vorhandene Finanzquellen nicht genügend erschlossen. Damit meinen wir in erster Linie die unzureichende Erfassung der wirtschaftlich bessergestellten Parteimitglieder durch höhere Beiträge. Wir glauben sagen zu können, daß die Bereitschaft unserer Genossen und Genossinnen in genügendem Umfang vorhanden ist. Während bei einigen Bezirken der Umsatz der höheren Wertmarken nur 1½ bis 3 % ausmacht, steigert sich bei anderen dieser Umsatz bis auf 27 % der insgesamt umgesetzten Beitragsmarken. Dieser sehr unterschiedliche Verkauf beweist, daß wir durch systematische Arbeit und Werbung für den höheren Beitrag der Partei eine dauernde Erhöhung der laufenden Einnahmen organisieren können. Jeder Genosse, der durch seine Funktion mit dazu beiträgt, die Finanzgrundlage der Partei zu verstärken, erfüllt eine hohe politische Aufgabe. Die Höhe der Beiträge wird von den einzelnen Bezirken bestimmt. Wenn auch in fast allen Bezirken entsprechend der Verpflichtung im Statut progressive Beiträge erhoben werden, so ist doch eine sehr *unterschiedliche Regelung entstanden. So ist verständlich, daß lange vor dem* Parteitag Wünsche an uns herangetragen wurden, um eine einheitliche progressive Beitragsstaffelung durch Parteitagsbeschluß einzuführen.

Es liegt dem Parteitag zu Punkt 3 b der Tagesordnung der Antrag Nr. 19 des Bezirksvorstandes Hessen-Süd vor. Die in diesem Antrag vorgeschlagene Staffelung deckt sich nicht ganz mit der von uns schon früher herausgegebenen Empfehlung. Wir haben uns mit den Genossen des Bezirks Südhessen in Verbindung gesetzt, um eine Verständigung über die zweckmäßigste Lösung herbeizuführen. In Übereinstimmung mit diesen Genossen schlagen wir die Beitragsstaffelung vor, die heute morgen als Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 den Delegierten überreicht wurde:

	bis 300,— DM	. . . .	1,— DM
von 301,—	bis 350,— DM	. . . .	2,— DM
von 351,—	bis 400,— DM	. . . .	3,— DM
von 401,—	bis 500,— DM	. . . .	5,— DM
von 501,—	bis 600,— DM	. . . .	7,— DM
von 601,—	bis 800,— DM	. . . .	10,— DM
von 801,—	bis 1000,— DM	. . . .	20,— DM
von 1001,—	bis 1200,— DM	. . . .	25,— DM
	über 1200,— DM	. . . .	30,— DM
für Ehefrauen und nicht berufstätige Familienmitglieder		. . .	—,50 DM

Der Parteivorstand hat beschlossen, diesen Antrag dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag 20 des Bezirksvorstandes Südhessen befaßt sich ebenfalls mit der Beitragsfrage. Es wird hier eine generelle Festlegung für Erwerbslose verlangt. Mit dieser Frage hat sich kürzlich eine Konferenz der Bezirkskassierer beschäftigt. Es wurde einheitlich die Meinung vertreten, daß es aus psychologischen Gründen *im Interesse der erwerbslosen Mitglieder richtig ist, wenn man auch ihnen die* Möglichkeit gibt, zahlende Mitglieder zu bleiben. Wir bitten euch, diesem Antrag mit einer kleinen Änderung zustimmen zu wollen, damit auch hier eine einheitliche Regelung erfolgt. Wir schlagen vor, die unterste Begrenzung dieses Erwerbslosenbeitrags mit 25 Pfennig festzusetzen mit der weiteren Maßgabe, daß auch diese

Marke für solche Parteigenossen verwandt werden kann, die als Rentner und Invaliden ein sehr geringes Einkommen haben. Wir müssen damit rechnen, daß im Ablauf der durch die Währungsreform hervorgerufenen Spar- und Abbaumaßnahmen das Problem der Erwerbslosen uns stärker beschäftigen wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Bemerkungen zur Währungsreform machen. Die hinter uns liegende Neuordnung des Geldwesens hat für die Parteiorganisation eine besonders schwierige Situation gebracht. Die geldliche Substanz ging bis auf einen Bruchteil verloren. Neben den mehrere Millionen umfassenden Kassenbeständen unserer 9500 Ortsvereine bezifferten sich die Konten unserer Bezirksorganisationen auf rund 4 Millionen Mark. Durch die Währungsreform erfolgte eine Reduzierung auf rund 200 000 Deutsche Mark. Während die laufenden Ausgaben in alter Höhe fällig waren, mußten wir andererseits völlig von neuem anfangen. Dieser Neubeginn in der Finanzierung ist nicht zu vergleichen mit der Aufbauarbeit von 1945. Ohne Zweifel mußte hier die Partei eine besondere Belastungsprobe auf sich nehmen. Nachdem heute fast zwei Monate nach der Währungsreform hinter uns liegen, haben wir den ersten Überblick gewinnen können, wie die große Organisation der deutschen Sozialdemokratie diese Schwierigkeiten gemeistert hat.

Die währungspolitischen Maßnahmen des 20. Juni lösten die Erklärung des finanziellen Notstandes der Partei aus. Die verschiedensten Bezirksverbände entwickelten eine begrüßenswerte Initiative, um durch eine Reihe von Sonderaktionen flüssige Mittel zu gewinnen. Die Einsicht und Bereitwilligkeit der Hunderttausende unserer Partemitglieder, ihre finanzielle Verpflichtung zu erfüllen, sicherten den Erfolg. Die uns vorliegenden Berichte weisen auf, daß die Beitragszahlungen in alter Höhe bei den Ortsvereinen eingehen. Diese erfreuliche und positive Feststellung verbinden wir mit der Aufforderung an alle unsere Ortsvereine, die Weiterleitung der Beitragsanteile für die Bezirksvorstände und damit auch für den Parteivorstand noch schneller als bisher durchzuführen. Wir haben zwar Verständnis dafür, daß die Instanzen, die zunächst für die Kassierung verantwortlich sind, ihren Geldbedarf sicherstellen. Wir glauben jedoch, die Erwartung aussprechen zu müssen, daß die Phase der finanziellen Saturierung unserer Ortsvereine abgeschlossen ist.

Für die Überwindung der durch die Währungsreform hervorgerufenen finanziellen Krise waren und sind entscheidend:

1. die Tatsache, daß sich die Partei bereits vorher aller Konsequenzen bewußt war;
2. der entschlossene Wille der Organisation, durch die Folgen der Geldzusammenlegung keine Lähmungserscheinungen auftreten zu lassen;
3. die Erkenntnis, daß die organisatorische Schlagkraft erhalten bleiben muß, um die politischen Aufgaben erfüllen zu können.

Obwohl wir noch in der Überwindung der Krise stehen, dürfen wir heute schon sagen, daß die Partei auch diese Bewährung überstehen wird. Wir waren und sind dabei ausschließlich auf die eigene Kraft angewiesen. Unsere Geldkonten sind der allgemein gültigen Abwertung unterzogen worden. Im Gegensatz zur Ostzone gab es keine Sonderstellung für die politischen Parteien. Das Riesenvermögen der SEP ist von jeder Entwertung ausgenommen worden. Wir sind darüber unterrichtet, daß die so erhaltenen Millionenbeträge zum Teil für die laufende Finanzierung der Kommunistischen Partei der Westzonen verwandt werden. Hier liegt die unverkennbare Absicht vor, durch eine solche Manipulation der KPD in den Westzonen ein finanzielles Übergewicht anderen Parteien gegenüber zu schaffen. Wir unterschätzen die damit verbundene Gefahr nicht und müssen uns durch erhöhte Aktivität dieser kommunistischen Infiltration erwehren.

In Berlin ist durch die Existenz von zwei verschiedenen Währungen eine besondere finanzielle Situation für die Parteiorganisation entstanden. Bei der Umwechslung des Geldes ist es den Russen gelungen, umfangreiche Beträge, ins-

besondere unserer Verlage, zu blockieren. Durch den sehr kleinen Umlauf der D-Mark-Noten ist eine starke Verknappung der flüssigen Mittel eingetreten, die sich verhängnisvoll bei der Arbeit unserer Berliner Partei auswirkt.

Wir glauben, der Meinung der Gesamtpartei Ausdruck zu geben, wenn wir wünschen, daß der heroisch geführte Kampf unserer Berliner Freunde nicht an der Knappheit der Finanzen scheitern darf. Im Bewußtsein der Tatsache, daß der Kampf um die Freiheit in Berlin nur durch eine starke Organisation der Partei geführt werden kann, glauben wir, daß die Gesamtpartei zu einer materiellen Hilfe bereit ist. Auch zu dieser Frage liegt ein Antrag Nr. 21 aus dem Bezirk Frankfurt vor.

Der Parteivorstand bittet aus politischen und solidarischen Gründen, diesen Antrag anzunehmen. Gestern wurde der Berliner Partei durch die Bezirksorganisation westliches Westfalen 10 000 DM überreicht. Soeben erfahren wir, daß der Bezirksvorstand Hessen-Kassel 8000 DM und Braunschweig ebenfalls 8000 DM für die Berliner Organisation zur Verfügung gestellt haben. Die Belegschaft der Hamburger Hochbahn erzielte durch eine Sammlung innerhalb des Betriebes eine Spende von 5500 DM, die bereits nach Berlin überwiesen worden ist.

Im Zusammenhang der Währungsreform einige Worte zur Steuergesetzgebung: Die gleichzeitig mit der Geldreform erlassenen Steuergesetze brachten eine Erfüllung einer alten Forderung der Partei. Die politischen Parteien mußten nach den alten Gesetzen für ihre Beitragseinnahmen Steuern zahlen. Unseren intensiven Bemühungen, die von den Genossen unserer Fraktion des Wirtschaftsrates aufs beste unterstützt wurden, ist es gelungen, die Steuerfreiheit in dem neuen Gesetz zu verankern. Wir betrachten diese Steuererlasse als längst fällige Maßnahme im Rahmen der Wiedergutmachung für politische Parteien.

Die Forderung auf Wiedergutmachung der Vermögensschäden, die durch die Verbrechen des Naziregimes entstanden sind, ist eine grundsätzliche Forderung der Partei. Wir haben nach dem Zusammenbruch von 1945 erwartet, daß im Rahmen dieser notwendigen Wiedergutmachung zumindest eine sofortige Rückgabe des 1933 gestohlenen Eigentums erfolgt. Die Entwicklung zeigt, daß wir aufs tiefste enttäuscht worden sind. Wir bedauern deshalb, folgendes feststellen zu müssen:

1. Fast zwei Jahre haben die Alliierten benötigt, um den ersten Erlaß, der lediglich eine Richtlinie zu diesem Problem darstellt, herauszugeben.
2. Unseren Wünschen auf einheitliche Regelung in den Westzonen ist nicht entsprochen worden. Die Ausführungsgesetze sind sehr unterschiedlich und zonal beschränkt.
3. Im Gegensatz zur französischen und amerikanischen Zone ist für die britische Zone bisher kein Gesetz zur Wiedergutmachung erlassen worden.

Wie ist die Situation in dieser Frage in der englischen Zone? Für die Befriedigung unserer berechtigten Ansprüche ist nichts geschehen. Vor einigen Monaten sind für die Forderungen der Genossenschaften und Gewerkschaften besondere Prüfungsausschüsse eingesetzt worden.

Diese Ausschüsse haben eine außerordentlich wichtige Funktion. Sie erwerben bei ihrer Konstituierung das jeweils zur Rückführung bestimmte Vermögen mit dem Auftrag, den Geschädigten ihren Besitz zurückzugeben. Ende Juli wurde uns bekannt, daß auch für die Ansprüche der politischen Parteien ein besonderer Prüfungsausschuß gebildet werden soll. Ein Beauftragter des PV hatte Gelegenheit, den Wortlaut der beabsichtigten Verordnung einzusehen. Bei der besonderen Bedeutung und der hohen Funktion dieses Prüfungsausschusses war für uns die Frage der Zusammensetzung von entscheidender Bedeutung. Was stellt sich heraus: Während man den Genossenschaften vier und den Gewerkschaften zwei Vertreter zugebilligt hatte, soll sich der Prüfungsausschuß für die politischen Parteien lediglich aus Berufsrichtern zusammensetzen. Hier besteht die große Gefahr *von Fehlentscheidungen, die nur sehr schwer revidierbar sind.*

Wir haben deshalb sofort bei der britischen Militärregierung in Berlin protestiert. Angesichts der Tatsache, daß neben den Ansprüchen der Genossenschaften und Gewerkschaften das SPD-Vermögen den weitaus größten Teil im politischen Wiedergutmachungskomplex darstellt, haben wir gleichzeitig konkrete Vorschläge für die praktische Regelung des Abwicklungsverfahrens überreicht. Die Militärregierung in Berlin hat nach Prüfung unserer Eingabe unseren Protest für berechtigt erklärt. Wir mußten deshalb annehmen, daß entsprechend unserer Forderung Vertreter der Partei zugelassen werden.

Vor einigen Tagen wurde dem Zonenbeirat der Text der Verordnung zur Wiedergutmachung für politische Parteien zugeleitet mit der Bemerkung, daß die Veröffentlichung bevorstehe. Überraschenderweise geht aus dem Text hervor, daß man sich über unseren Protest hinweggesetzt hat und an der alten Form der Zusammensetzung durch Berufsrichter festhält.

Diese Art der Behandlung der größten politischen Partei durch Organe der britischen Militärregierung ist für uns untragbar, und wir erklären hier vor dem Parteitag ganz eindeutig, daß wir kein Vertrauen zu dieser Regelung haben. Wir verlangen unsere Mitwirkung, damit endlich unser gestohlenes Eigentum wieder Besitz der Partei wird.

Die Bearbeitung der Wiedergutmachungsfragen ist sehr kompliziert, da ein erheblicher Teil unseres Vermögens durch die Nazis verschoben wurde. Der Parteivorstand hat die zentrale Führung der äußerst schwierigen Arbeit übernommen. Wir müssen jedoch die ganze Partei auffordern, uns bei der Wiederfindung der verschobenen Werte zu helfen. In der französischen und amerikanischen Zone sind bereits einige Erfolge zu verzeichnen.

So können wir berichten, daß die Druckereien in Mannheim und Singen sowie Grundstücke in Stuttgart wieder in den Besitz der Partei übergegangen sind.

Mit ganz besonderer Aufmerksamkeit haben wir uns um das Karl-Marx-Haus in Trier bemüht. Wir haben seit 1945 nichts unversucht gelassen, um das in der gesamten internationalen Arbeiterbewegung bekannte Geburtshaus von Karl Marx zurückzugewinnen. Dabei konnten wir feststellen, daß die kommunistische SEP den Versuch machte, dieses Haus für sich zu reklamieren. Der selbstverständliche Anspruch der Sozialdemokraten wurde durch eine internationale Feier, die im vergangenen Jahr in Trier stattfand, unterstrichen. Unser sehr energisch geführter Kampf um die Rückführung hat nunmehr seinen Abschluß gefunden. Mit besonderer Freude kann ich dem Parteitag mitteilen, daß dieses historische Haus seit zwei Tagen, seit Sonnabend, dem 11. September, wieder Eigentum der Partei geworden ist.

Dieser Erfolg wird für uns der Ansporn sein, mit noch größerer Aktivität eine umfassende Wiedergutmachung durchzusetzen. Wir legen Wert darauf zu betonen, daß wir damit nicht nur die Rückführung unseres gestohlenen Vermögens meinen, sondern eine Befriedigung aller solcher Vermögensschäden fordern, die bei Tausenden von unseren besten Funktionären entstanden sind.

Presse und Propaganda

Fritz Heine: Die neue deutsche Presse hat in knapp zwei Jahren einen sehr wesentlichen Erfolg erzielt: Sie hat das Vertrauen des größeren Teils der deutschen Bevölkerung in die Presse wieder erweckt! Das ist eine hohe Leistung angesichts des totalen Vertrauensschwundes, den die Zeitungen im tausendjährigen Reich erlitten hatten. Wir glauben, daß zu dieser Wiedergewinnung des Vertrauens nicht unwesentlich beigetragen hat, daß eine größere Zahl sozialdemokratischer Journalisten im neuen Pressewesen führend tätig sind.

Wir müssen aber mit Besorgnis feststellen, daß das neue Pressewesen nicht nur im Sowjetbereich durch die Gleichschaltung gefährdet ist, sondern daß sich auch in den Westzonen die ersten Anfänge einer bedrohlichen Entwicklung bemerkbar machen. Die bevorzugte Lizenzierung privatkapitalistischer Verlage durch die Militärregierungen und die Aufhebung der Bewirtschaftung durch die

CDU drohen das ganze kunstvolle Lizenzierungsprogramm zunichte zu machen Wir sehen in dem jetzt beginnenden schamlosen Handel mit Lizenzen die Gefahr daß neue Hugenbergkonzerne und Generalanzeiger entstehen.

Der Entschluß der drei großen Besatzungsmächte, durch eigene oder kontrollierte Zeitungen das deutsche Zeitungswesen zu bereichern, wird von uns mit gemischten Gefühlen betrachtet. Daß die „Tägliche Rundschau" der russischen Armee Verleumdungsfeldzüge gegen Wehrlose unternimmt, wundert uns nicht — und regt uns auch nicht mehr auf .

Wir bedauern aber, daß in den journalistisch beispielhaften Zeitungen der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht Tendenzen sichtbar sind, die nicht immer im Einklang mit der erklärten Überparteilichkeit stehen. Uns ist zuverlässig bekannt geworden, daß in diesen Blättern Nachrichten über die SPD nicht immer nach ihrer sachlichen oder publizistischen Bedeutung, sondern manchmal nach ideologischen und sogar nach geschäftlichen Überlegungen beurteilt und dementsprechend veröffentlicht oder nicht veröffentlicht werden. Wir wünschen, daß diese Zeitungen recht bald zu ausschließlich unter deuscher Kontrolle stehenden Organen gemacht werden.

Zwischen einigen wenigen Zeitungen und den Parteien hat es Auseinandersetzungen gegeben, die im Interesse aller Beteiligten besser unterblieben wären. Es gibt einige Organe, die offenbar im Kampf gegen die Parteien nicht von der Kritik ausgenommen werden. Es gibt sicher auch sozialdemokratische Aktionen, die der Kritik bedürfen. Wir werden für sachliche Kritik immer dankbar sein. Wer heute das rein negative Antiparteiengeschrei mitmacht, der macht sich damit zum Wegbereiter für totalitäre Bestrebungen. Wir wünschen, daß Presse, Parteien und Verwaltung in Zukunft mehr Verständnis als bisher für die Probleme des anderen aufbringen. Wir bitten alle sozialdemokratischen Vertrauensleute, sich die engste Zusammenarbeit mit Presse und Rundfunk zur besonderen Aufgabe zu machen.

Wir müssen mit tiefer Enttäuschung feststellen, daß in der US-Besatzungszone, als der einzigen der Westzonen, noch immer keine Parteizeitungen erlaubt sind. Ich glaube, der gesamte Parteitag stimmt uns zu, wenn wir diesen Zustand für unerträglich halten und von der amerikanischen Militärregierung fordern, daß sie nun endlich Parteizeitungen zuläßt. Wir fordern die Zulassung vor allem aus allgemein politischen Gründen; aber auch aus Gründen der Gerechtigkeit. Die Nazis haben in diesem Gebiet seinerzeit 34 sozialdemokratische Tageszeitungen geraubt. Wir meinen, daß es jetzt, 3½ Jahre nach dem Ende des Nazireiches, reichlich an der Zeit ist, dieses Unrecht wiedergutzumachen.

Den Delegierten liegt ein Antrag Nr. 61 des Parteivorstandes und Parteiausschusses vor, der im Sinne dieser Ausführungen gehalten ist. Wir bitten um Annahme dieser Resolution. Durch die Annahme wäre Antrag Nr. 24 erledigt.

Wir haben über die Entwicklung der sozialdemokratischen und der parteinahen Zeitungen bereits im Jahrbuch berichtet. Inzwischen ist durch die Währungsreform und Lockerung der Bewirtschaftung die große Bewährungsprobe für alle Zeitungen entstanden. Jetzt, ein Vierteljahr danach, können wir mit Befriedigung feststellen, daß fast alle der SPD nahestehenden Zeitungen in der britischen Zone die Bewährungsprobe nicht nur überstanden, sondern auch erfolgreich bestanden und in den meisten Fällen viele neue Leser hinzugewonnen haben. Während die 200 SPD-Zeitungen vor 1933 in ganz Deutschland wenig mehr als eine Million Auflage hatten, haben die heutigen 17 Zeitungen in zwei Fünftel des früheren Deutschlands über 2 600 000 Auflage. Mehr als zehn Millionen lesen heute sozialdemokratische Zeitungen.

Aus Funktionärkreisen wird gelegentlich Kritik geübt an diesem neuen Zeitungstyp, weil er zu wenig parteibetont sei. Daran ist manches richtig, aber wir meinen, daß dieser neue Zeitungscharakter keinesfalls verändert werden sollte. Wer heute sozialdemokratische Zeitungen im Stil der Weimarer Zeit fordert, der verzichtet damit von vornherein auf Massenbasis und Massenauflage. Wir wünschen eine klare Zweiteilung der Aufgaben: auf der einen Seite die parteinahen volks-

tümlichen Massenzeitungen und auf der anderen Seite die ausgesprochenen SPD-Mitteilungsblätter und Zeitschriften, die Mitgliedern und Funktionären die dringend erforderliche zusätzliche politische Information geben.

Der Nürnberger Parteitag hat dem Parteivorstand einen Antrag überwiesen, der die Schaffung eines Zentralorgans zum Ziel hatte. Wir freuen uns, dem Düsseldorfer Parteitag berichten zu können, daß dieser Antrag erledigt ist und das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter dem Titel „Neuer Vorwärts" von nun an regelmäßig erscheint. Es wird das Veröffentlichungs-, das Diskussions- und das Kampforgan der Sozialdemokratie gegen alle Gegner werden. Wir appellieren an die Partei: Sorgt mit dafür, daß der „Neue Vorwärts" politisch und auflagenmäßig die zentrale Stellung erhält, die er als Sprachrohr der stärksten deutschen Partei verdient.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Parteitag, die Anträge Nr. 22 und Nr. 23, die sich auf zentrale Publiktationen beziehen, dem Parteivorstand zu überweisen.

Im Berichtsjahr haben Zehntausende sozialdemokratischer Funktionäre ein enormes Maß an Propaganda und Werbung geleistet. Die Steigerung der Mitgliederzahlen, die Wahlergebnisse und die Veranstaltungszahlen sind ein Gradmesser für die geleistete Arbeit. Das bisher Geschaffene darf aber nur als ein Anfang gewertet werden. Die Währungsreform darf nicht dazu führen, daß wir die Aufwendungen für die Propaganda vermindern. Wir sind uns sicher einig, daß wir als Partei nicht Bürokratie und Verwaltung, sondern in erster Linie Kampf und Propaganda zu betreiben haben.

Es ist nicht möglich, in diesen 10-Minuten-Berichten die Arbeiten der verschiedenen Abteilungen des Parteivorstandes darzustellen. Wir verweisen auf das Jahrbuch. Aber abschließend ein Hinweis auf unsere Kriegsgefangenenarbeit. Parteivorstand und Parteiausschuß haben dazu Antrag 62 vorgelegt. Seit dem Tage, an dem russischerseits statt der erwarteten 4 Millionen Kriegsgefangene 890 000 genannt wurden, hat die Sozialdemokratische Partei nicht mehr aufgehört, die Aufmerksamkeit auf die verschwundenen Millionen-Kriegsgefangener zu lenken. Die Aufgabe wird uns nicht leicht gemacht. Erst vor 8 Tagen hat die französische Militärregierung den Aushang unserer Kriegsgefangenen-Wandzeitung verboten, weil sie Angriffe auf eine befreundete Macht enthalte. Sie enthält die Wahrheit und nichts als das. Wir haben durch diese Arbeit einen Teil der Geheimnisse des Verschwindens aufgeklärt. Wir haben in mehr als einjähriger Arbeit das einzige in Deutschland existierende Verzeichnis der russischen Kriegsgefangenenlager aufgestellt. Aber was noch wichtiger ist: Wir haben erreicht, daß die Welt aufmerksam wurde, daß sie nach dem Schicksal der Verschwundenen fragt und daß durch unsere Arbeit nicht nur Tausende von Familien wieder zusammengefunden haben, sondern auch, daß durch dieses Trommeln sehr viel mehr Kriegsgefangene aus Rußland herausgekommen sind, als wenn wir die Molotowschen Zahlen einfach hingenommen hätten. Die Sozialdemokratie hat die Sache der Kriegsgefangenen zu der ihren gemacht. Wir sind entschlossen, diese Arbeit fortzusetzen — bis der letzte Gefangene und der letzte Verschleppte frei und bei uns in Deutschland ist.

Frauenreferat

Herta Gotthelf: Ideen, auch die besten, können niemals durch Gewalt und Terrormethoden auf die Dauer wirksam gemacht werden. Nur wenn die Mehrheit eines Volkes aus freiem Entschluß und mit wirklicher Überzeugung bereit ist, sich dafür einzusetzen, wird eine Idee einen dauernden Erfolg haben. Die Mehrheit unseres Volkes sind heute Frauen. Aus diesem Grunde ist es für uns eine politische Notwendigkeit, diese Frauen für uns zu gewinnen.

Bevor ich einiges über unsere Arbeit in dieser Richtung sage, möchte ich auch an dieser Stelle einmal in aller Deutlichkeit aussprechen:

Wir sind es satt, immer wieder davon zu hören, daß „die" deutsche Frau so ganz besonders unpolitisch sei. Der Durchschnitt der deutschen Frauen ist nicht

politischer oder unpolitischer als der Durchschnitt der Frauen in jedem anderen Lande. Man könnte im Gegenteil vielleicht sagen, daß besonders die Kriegs- und Nachkriegsjahre in Deutschland einen neuen Frauentyp herausgebildet haben, der, wenn auch noch nicht in seiner Mehrheit bewußt politisch, so doch lebensnaher und unabhängiger ist, als es die Frauen in Deutschland jemals gewesen sind.

In den Schrecken des Bombenkrieges und in den schweren Nachkriegsjahren haben es die deutschen Frauen gelernt, „ihren Mann zu stehen". Durch ihre Tapferkeit und Umsicht, durch ihren Willen, auch unter den schwersten Lebensbedingungen für sich und ihre Familien noch ein einigermaßen würdiges Leben zu gestalten, haben sie es verhindert, daß unser Volk in den hinter uns liegenden schrecklichen Notjahren in völliger moralischer Apathie versunken ist.

Unsere Aufgabe ist es nun, diesen Mut und diese Lebenstüchtigkeit auch für das politische Leben wirksam zu machen.

Zahlen allein besagen noch nichts für die innere Stärke einer politischen Partei. Trotzdem ist es notwendig, den politischen Vortrupp unserer Idee, wie ihn die Sozialdemokratische Partei darstellt, so groß und schlagkräftig wie nur irgend *möglich zu machen.*

Was nun die Zahlen der weiblichen Mitglieder anbetrifft, so hatten wir am

31. Dezember 1946	109 215	weibliche Mitglieder,	gleich	15,4 Prozent
31. Dezember 1947	162 187	weibliche Mitglieder,	gleich	18,3 Prozent
31. März 1948	167 317	weibliche Mitglieder,	gleich	18,8 Prozent

Es ist uns also gelungen, in 15 Monaten fast 60 000 neue weibliche Mitglieder unserer Partei zuzuführen.

Wenn auch insbesondere der wachsende prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft erfreulich ist, so dürfen wir mit unserm Erfolg bei weitem nicht zufrieden sein.

Ich will hier im einzelnen nichts über die Methoden und Notwendigkeiten der politischen Schulung und Werbung unter den Frauen sagen, möchte aber in diesem Zusammenhang auf den vom Unterbezirk Göttingen eingebrachten Antrag hinweisen, der *in seiner vom Parteivorstand* und Parteiausschuß vorgeschlagenen endgültigen Form als Antrag 64 der Vorlage Nummer 4 heißt:

> „Die Bezirke sind beauftragt, zur stärkeren Heranziehung der Frauen jährlich eine Frauenwerbewoche abzuhalten. Während dieser Woche soll die gesamte Parteiorganisation in den Dienst der Frauenwerbung gestellt werden."

Eine Reihe unserer Bezirke haben bereits solche Frauenwerbewochen abgehalten, und ich möchte besonders auf das Beispiel des Bezirks westliches Westfalen hinweisen, der im Oktober vorigen Jahres, gerade in der Zeit der tiefsten Depression und des größten Hungers eine zehntägige Frauenwerbung durchführte, unter Einsatz aller Möglichkeiten unserer Parteiorganisation. 5000 neue weibliche Mitglieder wurden während dieser Zeit gewonnen.

Die Hauptsache bei dieser Art von Werbung ist, daß unsere Genossen ebenso wie die Genossinnen sich voll und ganz für die Arbeit einsetzen und daß jeder einzelne, ob Mann oder Frau, erkennt, daß die Gewinnung der Frauen für die Idee des demokratischen Sozialismus eine Vorbedingung *für unseren politischen* Erfolg ist.

Im September 1947 wurde vom Parteivorstand als zentraler Fachausschuß ein Ausschuß für Frauenfragen ins Leben gerufen, dem zwölf Genossinnen und vier Genossen angehören. Wir haben ganz bewußt Genossen in diesen Ausschuß hineingewählt, um damit zu bekunden, daß die sogenannten Frauenfragen Fragen von allgemeiner Bedeutung sind.

Da Sie im gedruckt vorliegenden Bericht ausführlicher über unsere Arbeit des letzten Jahres nachlesen können, will ich die noch zur Verfügung stehende Zeit dazu benutzen, Ihnen von unserer Frauenkonferenz Bericht zu erstatten, die vom 7. bis 9. September in Wuppertal stattgefunden hat, da sie ein Spiegelbild unserer Arbeiten und Probleme ist.

Ein kurzer gedruckter Bericht nebst Text der angenommenen Anträge ist an die Delegierten bereits verteilt worden.

Zum ersten Male waren auf dieser Frauenkonferenz Männer und Frauen als Delegierte vertreten, und wir hoffen, daß dieses Prinzip auch in den Bezirks- und Unterbezirkskonferenzen sich immer mehr durchsetzt, da wir die Erfahrung gemacht haben, daß es sich für die Arbeit sehr bewährt. Wir haben gut und kameradschaftlich zusammen gearbeitet und gemeinsam zu einigen heute für die Frauen bedeutsamen Problemen Stellung genommen.

Erich Ollenhauer gab uns einen Bericht über die politische Situation. Elisabeth Selber sprach über die Rechtsstellung der Frau, Irmgard Enderle über die Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit, Nina Andersen, Dänemark, über die Lage der Frauen in den anderen Ländern.

Unter den auf der Frauenkonferenz angenommenen Anträgen war auch der vom Unterbezirk Göttingen dem Parteitag vorgelegten Antrag 26, jetzt Antrag 65 in der Vorlage Nummer 4. Der Antrag lautet in seinem vom Parteivorstand und Parteiausschuß vorgeschlagenem Text:

> „Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen dafür zu sorgen, daß der Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Frauen auf allen Rechtsgebieten verwirklicht wird.
>
> Die Durchführung dieses Grundsatzes ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei."

Ich glaube, daß dieser Text so klar und verständlich die Einstellung unserer Partei zu diesen Fragen ausdrückt, daß ich dem nichts hinzuzufügen habe.

Zum Thema „Frauenerwerbsarbeit" forderte unsere Frauenkonferenz neben dem gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Leistung die Bereitstellung von Lehrstellen für weibliche Jugendliche. Außerdem waren wir der Meinung, daß bei notwendig werdenden Entlassungen nicht die Frauen und nicht einmal die verheirateten Frauen als erste entlassen werden sollen, sondern daß solche Entlassungen, falls sie überhaupt vorgenommen werden müssen, bei Männern und Frauen nach sozialen Gesichtspunkten durchgeführt werden.

Dem Parteitag liegen Anträge zur Wohnraumbeschaffung und der Baupolitik ganz allgemein vor. Unsere Frauenkonferenz fordert, daß bei jenen Plänen, in denen ja auf lange Sicht gearbeitet werden soll, die Erstellung von Kleinstwohnungen für berufstätige alleinstehende Männer und Frauen nicht vergessen werden soll. Selbstverständlich waren wir der Meinung, daß die vordringlichste Aufgabe die Herstellung von Wohnungen und Bereitstellung von Wohnraum für Vertriebene, Ausgebombte und Heimatlose ist.

Ein besonderer Antrag beschäftigte sich mit der Frage der Seifenzuteilung, die für die drei Westzonen und Berlin mehr als unzureichend ist.

Das Frauenbüro hat nach Ankündigung der Streichung der Monatsration für August, die vom Amt für Ernährung und Landwirtschaft vorgenommen wurde mit der Begründung, daß von alliierter Seite die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe nicht in ausreichendem Maße genehmigt und gesichert sei, an die Generäle Clay und Robertson ein Protesttelegramm geschickt.

Die Antwort lautet, daß diese Frage in die Kompetenzen der deutschen Behörden gehöre, und wir bitten dringend im Interesse der davon Betroffenen, daß sich die deutschen und alliierten Behörden einig werden, wer nun wirklich schuld ist an diesen katastrophalen Zuständen, und daß schleunigst Abhilfe geschaffen wird.

Nur noch zwei Anträge möchte ich aus allen denen, die gleichermaßen wichtige Fragen behandeln, herausgreifen.

Die Frauenkonferenz fordert in einer Resolution die Einziehung der Vermögen aller führenden Nazis und Kriegsverbrecher. Es ist ein Hohn auf die Leiden der Opfer des Faschismus und des von den Nazis angezettelten Krieges, wenn die Familien führender Nazis und führender Industrieller, die es den Nazis erst er-

möglicht haben, ihre verbrecherische Politik zu betreiben, nicht nur im Wohlstand, sondern oft sogar im Luxus leben, während Millionen von Heimatlosen, Ausgebombten, Kriegerwitwen und -waisen im tiefsten Elend vegetieren.

Der zweite Antrag fordert vom Parteivorstand die baldige Herausgabe eines sozialdemokratischen Schulprogramms. Auch hierzu ist es nicht notwendig, viel zu sagen, denn jeder von uns weiß, wie sehr wir ein solches sozialistisches Schulprogramm vermissen.

In diesem Jahr hatten wir die große Freude, eine ganze Reihe ausländischer Genossen und Genossinnen auf unserer Konferenz zu begrüßen, und zwar u. a.:

Nina Andersen, Dänemark,
Margarete Herbison, England,
Dora Segall, England,
Dorle und Willi Sander, England,
Lotte und Paolo Treves, Italien,
Ferdinande Floßmann, Österreich,
Rosel Jochmann, Österreich,
Margaret Kissel-Brutschy, Schweiz.

Zum Schluß unserer Konferenz wandten wir uns mit einem besonderen Aufruf an die deutschen Frauen. Wir sind der Meinung, daß es keine Frauenfragen gibt, die gelöst werden können, solange wir in einer Gesellschaftsordnung der sozialen Ungerechtigkeit, der Ausbeutung und der persönlichen Raffgier und Selbstsucht leben. Erst wenn die Grundlagen unseres menschlichen Zusammenlebens geändert sind, wenn an Stelle des Profits für einige wenige der Grundsatz des größtmöglichen Wohlstandes für alle getreten ist, erst dann werden auch die Frauen ihre volle politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung errungen haben.

Es ist hier verschiedentlich von der Tendenz gesprochen worden, die leider nur zu oft von jenen vertreten wird, die uns zu Demokraten erziehen wollen, nämlich die Verächtlichmachung der Parteipolitik. Auch den Frauen versucht man einzureden, daß „als Frauen" sie eigentlich „über den Parteien" stünden. Es ist unsere Aufgabe, es ganz klar zu machen, daß auch die Frauen, und gerade die Frauen, die Verpflichtung haben, sich in den großen politischen, sozialen und ökonomischen Auseinandersetzungen unserer Zeit klar zu entscheiden, d. h. Partei zu ergreifen.

In der Bibel, in der viele weise Dinge stehen, steht auch etwas von den „Lauen", die „ausgespien" werden sollen. Wir wollen in unserer Arbeit dazu beitragen, daß die Zahl der „Lauen" immer kleiner wird.

Zum Schluß möchte ich sagen, daß, obwohl es noch manche Orte gibt, in denen unseren Genossinnen von unseren eigenen Männern die Arbeit nicht gerade leicht gemacht wird, wir im letzten Jahr auch in der Zusammenarbeit innerhalb der Partei Fortschritte gemacht haben. Wir wollen als Sozialistinnen keinen Kampf der Geschlechter gegeneinander, sondern den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und Frieden, für demokratischen Sozialismus.

Vorsitzender Gnoß: Es folgt der

Bericht der Kontrollkommission

Adolf Schönfelder, Hamburg: Der Bericht der Kontrollkommission ist im Jahrbuch der Partei der kürzeste, und ich kann mich jetzt noch viel kürzer fassen. Ich darf, genau wie im vorigen Jahre in Nürnberg, an die Spitze meiner Bemerkungen den Satz stellen: Es sind keine Beschwerden über den Parteivorstand oder eine andere Körperschaft der Partei bei der Kontrollkommission eingegangen. (Beifall.) Damit sollen nicht die Vorzüge der Kontrolle bewiesen sein, sondern die Güte der Arbeit unserer Parteiorganisation.

Genossinnen und Genossen! Seit Nürnberg haben wir ein sehr kritisches Jahr durchgemacht, kritisch aber nicht nur in der Politik, sondern insbesondere auch für unsere Partei in geschäftlicher und finanzieller Beziehung. Es hat der ganzen Rührigkeit und Tüchtigkeit unseres Kassierers bedurft, um über die kritische Situation der Umstellung von der Reichsmark auf die D-Mark hinwegzukommen. Unser Kassierer, es ist mir ein Bedürfnis, das festzustellen, hat sich gerade in dieser kritischen Situation auf das beste bewährt. (Beifall.) In dieser Situation wäre es vielleicht noch leichter geworden, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, wenn die Bezirke sich noch mehr daran erinnert hätten, daß für die Genossen mit besserem Einkommen noch etwas energischer von den Bestimmungen Gebrauch gemacht worden wäre, mit höheren Beiträgen die Partei zu unterstützen. Ich halte es für gut und nützlich, daran zu erinnern, denn die Statistik beweist es, daß es in den Bezirken sehr unterschiedlich ist, und was in dem einen Bezirk sehr gut war, dürfte in dem anderen schließlich auch so gut sein.

Genossinnen und Genossen! Daß die Abrechnung gestimmt hat, haben wir durch unsere Unterschrift bewiesen. Es bleibt nur noch jetzt die Aufgabe, den formellen Antrag zu stellen, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. (Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Wie im Vorjahre wird im Auftrage des Parteivorstandes der Verlag Auerdruck, Hamburg, das Ergebnis des Parteitages in Broschürenform herausbringen. Das Kurzprotokoll wird am 30. September zum Versand an die Bezirke fertiggestellt sein. Die Broschüre wird an die Bezirke für 40 Pf. in D-Mark-Währung geliefert. Der Verkaufspreis soll 50 Pf. betragen. Die Bezirke werden gebeten, Bestellungen noch während des Parteitages im Büro des Parteivorstandes abzugeben.

Nun, Genossen, müssen wir eine Beschwerdekommission wählen, da ein Einspruch des Bezirks Oberrhein, Köln, gegen einen Urteilsspruch eines Parteischiedsgerichts vorliegt. Ich habe eine Vorschlagsliste hier:

Vorsitzender: Adolf Schönfelder,
Beisitzer: Karl Gehrmann,
Otto Bennemann,
Fritz Helmstädter,
Lisa Albrecht,
Paul Schäfer,
Peter Jacobs.

Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? Das scheint der Fall zu sein.

Im Laufe des Vormittags ist auch der Genosse Wilhelm Dittmann aus der Schweiz zu uns gekommen. (Beifall.)

Dann darf ich noch ein Telegramm verlesen:

„Herzliche Grüße in Eurem Kampf für Recht und Freiheit..." (Die Fortsetzung des Telegramms und vielleicht sechs bis sieben Namen waren wegen des Aufbruches einer Reihe von Genossen nicht mehr verständlich. Siehe Begrüßungen und Telegramme.)

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein und beginnen um 15 Uhr wieder.

Schluß der Vormittagssitzung 13.25 Uhr.

Nachmittagssitzung

Um 15.15 Uhr eröffnet Vorsitzender Paul Löbe die Versammlung und erteilt das Wort

Arthur Hauck, Düsseldorf: Wir haben auf diesem Parteitag das Wort Demokratie wohl von allen Rednern, die hier gesprochen haben, gehört. Am deutlichsten hat uns das Wort Demokratie unser Genosse und Freund aus der Schweiz dargelegt. Wirkliche Demokratie von unten her. Die breite Masse des Volkes bestimmt das Wesen der Demokratie. Dieses Wort darf aber nicht nur eine Forderung sein, die wir nach außen und an andere stellen, sondern es muß auch der Begriff der Demokratie innerhalb unserer eigenen Organisation sein. Der schlimmste Feind der Demokratie ist die Bürokratie. Hier erleben wir, daß uns der Parteivorstand ein Diktat auferlegt hat, nämlich daß Mitglieder der VVN evtl. aus der Partei ausgeschlossen werden, da es nicht vereinbar sei, zu gleicher Zeit die Mitgliedschaft in der SPD und der VVN zu haben. Man hat leider nicht die Meinung der Genossinnen und Genossen im Lande hierzu gehört. Wenn man sie hörte, hat man sie nicht beachtet. Ich weiß, daß schon 1946 bereits seitens des Bezirkssekretariates hier in Düsseldorf schon einmal nachgehört wurde, welche Auffassung unter den Genossen innerhalb der VVN besteht bezüglich einer Auflösung oder einem Austritt aus der VVN. Innerhalb des Bezirkes besteht keine Neigung, die Mitgliedschaft zur VVN aufzugeben. Und zwar deshalb, weil hierzu keine Veranlassung gegeben ist bzw. wir keine Veranlassung erkennen konnten. Wenn nun trotzdem der Parteivorstand einen solchen Beschluß gefaßt hat, muß ich der Auffassung sein, daß der Beauftragte des Bezirkes den Parteivorstand von der wirklichen Stimmung innerhalb der Genossen in der VVN nicht unterrichtet hat. Der Parteivorstand hat sich also auf falsche Berichte gestützt, wenn er eine derart scharfe Trennungslinie gezogen hat. Wenn die Verdächtigung hier zum Ausdruck gebracht worden ist, daß es sich bei der VVN um eine Gründung der KPD handelt, zumindest aber eine Organisation zur Propaganda der KPD, so ist das nach meiner Auffassung nicht richtig. Wir müssen uns darüber klar sein, zum mindesten in den Kreisen der politisch Verfolgten, welche vom Naziregime besonderen Schaden erfahren haben und Widerstandskämpfer gewesen sind, daß die Gründung der VVN sofort nach der Befreiung aus dem KZ erfolgte. Noch bevor an irgendeine Parteigründung gedacht werden konnte oder eine solche erfolgen konnte, war bereits diese Vereinigung ins Leben gerufen und zwar mit dem Ziele, die Kämpfer und die Opfer des Nationalsozialismus hier zusammenzufassen zum treuen Gelöbnis der Verwirklichung, daß eine Praxis, wie sie unter dem Naziregime geübt worden ist, nie wiederkehren kann. Das waren die Grundgedanken, die besonders auch dahin gingen, die Schuldigen zu finden und einer gerechten Strafe zuzuführen, die Schuldigen, die die Verbrechen an der Menschheit, an den Genossinnen und Genossen begangen haben. Es muß heute hier auch gesagt werden, daß im wesentlichen bisher kaum eine der sogenannten demokratischen Parteien es gewagt hat, entschieden oder offensichtlich die Interessen der Nazi-Geschädigten abzulehnen, wenn auch vielleicht manche nur mit Widerwillen zugestimmt haben. Aber schon die Zustimmung hierzu hat die Vereinigung geschaffen, die es möglich machen kann, im öffentlichen politischen Leben Einfluß zu nehmen auf alle Kreise, die das Wort der Demokratie nur im Munde führen, und auf sie einzuwirken, daß sie den Kampf mitführen gegen Nazismus und gegen die Verbrecher, welche an dem vergangenen System schuldig sind. Einer solchen Vereinigung anzugehören, kann nicht gegen die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei verstoßen. Diese Gemeinschaft aufzulösen, ist eine Zumutung, die wirklich nicht am Platze sein kann. Wenn hier gesagt wird, daß diese Organisation nur eine versteckte Organisation der Kommunisten sei, so kann dem nicht zugestimmt werden. Denn die Zusammensetzung in der VVN ist keinesfalls maßgeblich auf seiten der Kommunisten. Selbst in dem sogenannten Rat der VVN, in dem auch die gesamte Ostzone vertreten ist, sind nur 18 Vertreter der Kommunisten und der SED, sieben Mitglieder

der SPD, vier der CDU, zwei der FDP, ein Rassischverfolgter, zwei Religiösverfolgte. Also, wo ist hier die Mehrheit der Kommunisten? Sie ist nicht gegeben. Im übrigen möchte ich nur darauf hinweisen, wenn hier Widersprüche erfolgen, daß es die eigene Schuld unserer Parteigenossen ist, wenn sie sich nicht entsprechend in der VVN betätigt haben und Ämter in der VVN bisher abgelehnt haben. Hätten sie ihre Pflicht erfüllt, wie es unsere Aufgabe in allen unseren Organisationen ist, in denen wir tätig sein sollen, dann mußten sie auch die Posten annehmen und besetzen. Dann wäre es ausgeschlossen, daß ein irgendwie maßgeblicher Einfluß der KPD zu verzeichnen wäre. Im übrigen wird das Organ der VVN nicht von einem Kommunisten geleitet, sondern von einem Redakteur, der der CDU angehört und dem man gewiß nicht den Vorwurf machen kann, daß er im kommunistischen Sinne redigiert. Wer die Zeitung liest, wird diesen Vorwurf auch nicht zu erheben wagen.

Es wird mir bekanntgegeben, daß meine Redezeit abgelaufen ist. Ich möchte zum Schluß darauf hinweisen, daß im übrigen auch die Zusammensetzung aller anderen ähnlichen Organisationen keineswegs derartig ist, daß dort die KPD überwiegen könnte, sondern auch in allen maßgeblichen Instanzen ist die KPD meist nur mit einem Drittel vertreten. In Schleswig-Holstein haben wir sogar den 1. und 2. Vorsitzenden von der SPD gestellt. Mit dem gleichen Recht könnte man ja verlangen, daß auch alle Genossen in allen anderen Organisationen, in denen Kommunisten an der Spitze stehen, dazu müßten auch die Gewerkschaften gehören, vor den gleichen Entschluß gestellt würden. Von den anderen Organisationen verlangt man es aber nicht. Auch bei den monarchistischen Organisationen wird kein Wort darüber verloren. Ich bitte daher, bei der Abstimmung diese Gedankengänge zu berücksichtigen.

Das Wort erhält sodann der Oberbürgermeister von Iserlohn,

Werner Jacobi, Iserlohn: Ich fürchte, ich muß Sie enttäuschen. Ich habe lediglich den Auftrag, einen Antrag zu begründen, den der Bezirk West-Westfalen eingereicht hat, der sich jedoch noch im Druck befindet. Es handelt sich um einen Antrag, der den Versuch macht, eine andere Zusammensetzung des Parteiausschusses zu erreichen. Unser Begehren zielt darauf ab, den § 22 des Organisationsstatutes abzuändern, und zwar in der Form einer sofortigen Änderung des Organisationsstatutes mindestens in einem Punkt.

Da der Antrag noch nicht vorliegt, erlaube ich mir, ihn zu verlesen. Er hat folgenden Wortlaut:

> „Der Bezirk westliches Westfalen der Sozialdemokratischen Partei stellt folgenden Antrag an den Parteitag:
>
> § 22, Satz 1 des Organisationsstatutes wird gestrichen. In Abänderung der bisherigen Regelung wird bestimmt: Im Parteiausschuß erhalten die Bezirke für jede angefangenen 50 000 Mitglieder ein Mandat."

Die bisherige Regelung des § 22, Satz 1 des Organisationsstatutes sah vor, daß die Bezirksvorstände ohne Rücksicht auf die Größe der Bezirke mit je einem Mitglied im Parteiausschuß vertreten waren. Der Bezirk westliches Westfalen ist der Auffassung, daß eine derartige Zusammensetzung des Parteiausschusses in der heutigen Zeit ungenügend ist. Er vertritt die Meinung, daß der Parteiausschuß der Ersatz des Parteitages in der Zeit zwischen seinen Jahresversammlungen ist. Daß es in einer Zeit täglich neuanfallender politischer Probleme, die sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat ändern können, nötig ist, den Parteiausschuß zu einem Spiegelbild der parteigenössischen Meinung aller Bezirke zu machen, ist nicht abzustreiten. Der Bezirk Westliches Westfalen ist daher der Meinung, daß dem Parteiausschuß eine Zusammenstellung gegeben werden muß, die dieses Bild der Parteiorganisation widerspiegelt. Nur auf diese Weise können Kritiken, wie sie vorhin von einem Vorredner geäußert wurden, zurückgedrängt werden. Denn der Parteiausschuß wird in allen entscheidenden Fragen gehört. Deshalb glauben wir, daß es im Interesse der Partei ist, wenn der Parteiausschuß eine entsprechende

Änderung erfährt und sich in seiner Zusammensetzung nach der Stärke der Bezirke richtet. Wenn der Gen. Franke der Meinung ist, daß die bevorstehende Änderung des staatsrechtlichen Zustandes hier im Westen auch für die Parteiorganisation fraglos gewisse Änderungen zur Folge hätte, so muß ich darauf hinweisen, daß auch Organisationsschemen eine starke Beharrungskraft in sich haben. Wir sind der Meinung, daß wir bis zum nächsten Jahr nicht warten können. Aus diesem Grunde und im Interesse der Gesamtpartei bitten wir, den Antrag, der durch andere Bezirke in genügender Weise unterstützt wird, entsprechend unserem Vorschlag anzunehmen und eine sofortige Änderung des Organisationsstatutes in der vorgeschlagenen Form vorzunehmen.

Louis Biester, Hamburg: Ich will mich zunächst mit der Zusammensetzung der Ausschüsse befassen. Der Parteiausschuß muß die Vorarbeiten für alles leisten. Das muß auch in der Besetzung des Parteiausschusses zum Ausdruck kommen. Ich möchte ferner den kommunalpolitischen Ausschuß nennen, der aus Vertretern der gesamten Bezirke zusammengesetzt war. Wir haben natürlich auch Fachleute nötig. Niemals kann aber ein Ausschuß so zusammengesetzt sein, daß die Verwaltungsbürokratie die Politik der Partei bestimmt. Der kommunalpolitische Ausschuß ist aufgelöst und ein neuer ist gebildet worden. Der besteht im wesentlichen aus Kreisdirektoren, Oberkreisdirektoren, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern, also Leute, die lediglich in der Verwaltung stehen und lediglich mit Sachkenntnis an die Dinge herangehen. Ein solcher Ausschuß ist unmöglich. Wir verlangen, daß die Ausschußarbeiten nach den Erfahrungen der früheren Parteiausschüsse aufgebaut werden. Die Ausschüsse müssen gebildet werden aus Vertretern der Bezirke. Ähnlich ist es im Agrarausschuß, in dem Leute tätig sind, die noch nie im bestehenden Agrarausschuß gearbeitet haben. Die Erfahrungen aus der Bezirksarbeit und Sachkenntnis vereint müssen die Vorschläge gestalten.

Auch in der Durchführung der Bodenreform haben wir ähnliche Erfahrungen machen müssen. Die Landsmannschaften, die Landesverwaltungen und Regierungen haben von diesen Beschlüssen keine Kenntnis genommen. Es ist für uns nicht tragbar, wenn eine fortschrittliche Idee durchgefochten werden soll, und die Gegner mit Beispielen kommen aus der praktischen, von Sozialdemokraten bestimmten Politik anderer Gebiete, die gegen die durchzuführende Idee sprechen.

Auch die Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordneten, die von unserer Partei gestellt werden, sind nicht Herren der Partei. Es ist nicht so, daß die Partei von dem Verwaltungsapparat Befehle empfängt, sondern umgekehrt: die Befehle werden von der politischen Linie und von der Masse der Partei gegeben. (Beifall.)

Jeannette Wolff, Berlin: Ich hatte eigentlich den Auftrag, zu dem von verschiedenen Bezirken unterschriebenen Antrag zur Wiedergutmachungsfrage, der dem Parteitag vorliegt, zu sprechen. Die Ausführungen, die der Genosse Hauck im bezug auf die VVN gemacht hat, verpflichten mich, aus meiner speziellen Kenntnis der Sachlage, Aufklärendes dazu zu sagen.. Seine Frage „Wer ist maßgebend in der VVN?" und „Wer gibt den Ausschlag?", dazu wäre hier an dieser Stelle verschiedenes zu sagen. Die Annahme des Genossen Hauck, daß die VVN eine überparteiliche Organisation sei, und wir als Sozialdemokraten in ihr richtunggebend, ist irrig. Alle Dinge, die von der VVN in die Öffentlichkeit getragen werden, sollen absichtlich irreführend wirken. Sicherlich stimmt es, daß der VVN der Auftrag geworden ist, gegen den Antisemitismus öffentlich zu kämpfen, jedoch kommt diese Parole von einer politischen Stelle, die uns nicht unbekannt ist. Das Wirken der VVN ist, hinter der Propaganda für Überparteilichkeit, einseitig sedistisch. Es wundert mich nicht, daß die Genossen im Westen, die OdF sind, durch die VVN-Propaganda der Überparteilichkeit stark beeindruckt sind. Wir in Berlin wissen, daß die ganze Arbeit der VVN nichts weiter ist als die Arbeit einer neuen Auffangorganisation für die tagtäglich ihre Plattform mehr verlierende SED, und wir wissen auch heute, daß die Gründung dieser VVN eine befohlene Angelegenheit der SMA war, ebenso wie der Demokratische Frauenbund, der Kulturbund, die FDJ und andere. Auf der einen Seite bekämpft man in der VVN den Antisemitis-

mus, und auf der anderen Seite gestattet man den ehemaligen Pgs. die Gründung der „National-Zeitung", und gleichzeitig mit dieser Zeitung gestattete man die Gründung einer Nationaldemokratischen Partei, die die ehemaligen Pgs. umfaßt. Es war kein geringerer als Wilhelm Pieck, der Großvater der ostischen „Volksdemokratie", der in einer öffentlichen Versammlung am Wedding davon sprach, daß man den kleinen Pgs. eine politische Heimat geben müsse und ihnen eine politische Partei sowohl als auch eine Zeitung zugestehen müsse. Kurze Zeit nach dieser Ankündigung durch Wilhelm Pieck wurde mit Genehmigung der sowjetischen Besatzungsmacht, und selbstverständlich auch der Genehmigung der SED, die Nationaldemokratische Partei gegründet und die „National-Zeitung" geschaffen. Es ist daher nicht sonderbar, daß in der Redaktion der „National-Zeitung" Menschen sitzen, die vorher Funktionäre in der SED waren. Es ist weiter nicht verwunderlich, daß diese Zeitung in ihrer Erstausgabe auf der Titelseite unter schwarzer Umrandung der Berliner Leserschaft eine Aufforderung präsentierte, den kleinen Pgs. wieder zu ihrer Existenz zu verhelfen, die ihnen widerrechtlich genommen worden sei. Diese „National-Zeitung" schrieb dann ferner, daß sie Beiträge zur Gründung einer Existenz für die Pgs. in ihrer Redaktion in Empfang nehme. Diese „National-Zeitung" hat vor kurzem die Frechheit besessen, auf der ersten Seite einen durchaus antisemitischen Artikel gegen die Insassen der Berliner DP-Lager zu veröffentlichen. Und nun werden Sie mich sicherlich fragen: Was hat denn die „National-Zeitung" und die zu ihr gehörige Partei mit der VVN zu tun? Ich möchte die Antwort folgendermaßen geben: Der Genosse Hauck war der Ansicht, daß nirgendwo innerhalb der VVN die KPD oder SED, was ja schließlich dasselbe ist, einen maßgebenden Einfluß auf die Führung habe. Ich glaube, lieber Genosse Hauck, du hast bei der Beurteilung dieser Angelegenheit eine Sonnenbrille aufgehabt und die Dinge so gesehen, wie du sie sehen wolltest. Ich glaube, wir müssen uns einmal nur mit Tatsachen befassen und uns ernstlich fragen: Wer leitet und wer wird geleitet? Dazu folgende Tatsachen:

Wer hat die VVN gegründet? Wer waren die Leiter und wer die Veranlasser?

Zwei Dinge waren die Veranlassung!

1. Daß der KPD-Mann Karl Raddatz, der bis dahin in Berlin die Leitung des Hauptausschusses „Opfer des Faschismus" hatte, plötzlich von der Alliierten Kommandantur abberufen wurde, weil er seine Stelle zu Propagandazwecken für die KP/SEP gebraucht hatte und auf Bogen, deren Kopfaufschrift „Hauptausschuß Opfer des Faschismus" war, Einladungen zu kommunistischen Versammlungen herausgeschickt hatte. Für diesen Mann mußte dann eine neue Stelle geschaffen werden, und man begann, die Gründung der VVN in die Wege zu leiten, allerdings noch ziemlich heimlich. Dann kam der 20. Oktober 1946, der Tag der Stadtverordnetenwahl! 80 % der Berliner Bevölkerung erklärten sich gegen den Kommunismus, und nun wuchsen die sogenannten überparteilichen Organisationen der SEP/KP, die auch der Genosse Hauck angeführt hat, wie Pilze aus der Erde. Hauck sprach auch von einer Dauerorganisation. In all diesen Organisationen, ganz gleich wie sie hießen, sind dieselben Kräfte am Ruder, genau wie in der SED/KP. Meistens haben sie Doppelfunktionen in der Partei und in diesen sogenannten parteipolitischen Organisationen. Wir nennen sie hier in Berlin nur „Tarnorganisationen". Sie sind alle auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED ins Leben gerufen worden, um dem verstopften Quell wieder neuen Zustrom zuzuführen.

Ich hoffe, daß der Berichterstatter der „Freiheit" genau aufpaßt, damit er feststellen kann, wie wir in Berlin diese auch ihm nahestehenden Organisationen durchschaut haben. Vielleicht gehen auch ihm einmal die Augen auf, was gespielt wird. Der Leiter der VVN ist Walter Bartel, er ist der Generalsekretär von Wilhelm Pieck. Er ist einer der aktivsten Kommunisten, die man sich denken kann und er ist der Spiritus rector der VVN in Berlin. An der Spitze der Gesamtorganistationen steht der KPD-Mann Karl Raddatz, und der ist ein ganz aktiver Kommunist. Und wenn nun wirklich einmal Unpolitische in den Vorstand hineingewählt werden, dann glaubt doch nur nicht, daß damit die Richtung dieser Orga-

nisation geändert werden kann, die von einer ganz bestimmten Zentralstelle geleitet wird. Bezeichnend ist der Tag, an dem die VVN gegründet wurde, nämlich kurz nach dem 20. Oktober 1946. Ich kenne unter den KP-Leuten viele KZler, die dasselbe Leid getragen haben wie ich, und ich bin die letzte, ihre wirkliche Meinung zu unterschätzen oder ihren ehrlichen Willen nicht zu achten. Aber darauf kommt es *im Moment gar nicht an. Die Kameradschaft zu den KZlern* darf nicht Veranlassung werden, daß wir eine Organisation schaffen, die als Propagandamittel für die SEP und für den ostischen Terror gebraucht wird.

Auch ich gehöre zu denjenigen, die stets der Meinung waren, daß die Menschen, die einmal hinter Stacheldraht das Schrecklichste erlebt haben und die Millionen Menschen neben sich sterben sahen, durch die Wut der Diktatoren, die besten Kämpfer für die Freiheit sein würden, daß ihnen diese Freiheit über alles gehen würde. Ich habe aber dann feststellen müssen, daß es zwar gute Kameradschaft unter den einzelnen KZlern, die verschiedene politische Richtungen haben, geben kann; aber als der Buchenwald-Tag kam, da habe ich den letzten Rest von Vertrauen für die Überparteilichkeit dieser Tarnorganisation verloren. Wer von euch, der auf der Buchenwald-Tagung war, hat denn das Lager Buchenwald gesehen? Wem war es gestattet, hineinzugehen? Keinem! Nicht einmal den SEP-Leuten. Und daß auf dieser Buchenwald-Tagung offiziell für die Volksdemokratie gesprochen worden ist und in einer Art vorgegangen wurde, daß man glaubte, die alte SA-Formation wieder aufmarschieren zu sehen, entspricht den Tatsachen!

Genossen und Genossinnen! Niemand hat mehr als wir KZler daran geglaubt, daß es nie mehr KZs geben dürfte, wenn wir einmal wieder in die Freiheit kommen und politisch wieder in Aktion treten. Und doch, die KZs existieren in der Ostzone und in einem sind eine Menge der verschwundenen Freiheitskämpfer für Demokratie und Sozialismus, und sie werden noch lange darin sein, und wir bekommen von ihnen kaum ein Lebenszeichen. Gerade wir als KZler, liebe Genossen und Genossinnen, *hätten uns am allerstärksten gegen neue KZs zur Wehr setzen* müssen, und das hat die VVN niemals getan! Wer solche KZs duldet, der macht sich schuldig an der deutschen Bevölkerung, die nach dem Zusammenbruch einer zwölfjährigen Diktatur sich bemüht, eine demokratische Plattform für einen neuen sozialistischen und demokratischen Staat zu schaffen.

Genossinnen und Genossen! Sie hier im Westen sehen die Dinge nicht so klar, hier wird Ihnen gestattet, in den VVN-Vorstand einen CDU-Mann, dort einen LDP-Mann und dort ein halbes Dutzend Unpolitische hineinzunehmen, die nichts anderes sind, als verkappte Anhänger der KP/SEP. Aber wie ist es denn in Wirklichkeit? Der Genosse Hauck sagte, hier im Westen leitet ein CDU-Mann die VVN-Zeitung. Ist ein CDU-Mann unbedingt ein Freiheitsbringer für einen wirklichen Freiheitskämpfer? *Ich glaube, wir als Sozialdemokraten* können für uns allein in Anspruch nehmen, daß wir ein wirkliches demokratisches Deutschland wollen. Heute arbeiten wir in Berlin mit der CDU und der LDP zusammen, weil es um die Freiheit und das nackte Leben der Berliner Bevölkerung geht. Wir müssen aber der Wahrheit die Ehre geben und erklären, daß die CDU und die LDP noch lange in der Blockpolitik in der Ostzone mit der SEP gesessen hat, während wir schon den Kampf um die Demokratie in Berlin aufnahmen. Das Zusammenarbeiten in der Blockpolitik hat so lange gedauert, bis ein Riß durch beide Parteien gegangen ist und die SMA den führenden Leuten der CDU und FDP die Arbeit in ihren eigenen Organisationen verbot. Weil wir verhindern wollen, daß durch die VVN auch ein Riß in unsere Partei kommt, möchte ich den Genossen folgendes sagen:

Wie steht ihr dazu, daß in der Ostzone der VVN-Vorstand bestimmt wird von der SEP und der sowjetischen Militärregierung?

Wie steht ihr dazu, wenn ich euch folgende Illustration dazu gebe? In Puttlitz/NM. war die VVN gegründet und der Vorstand zusammengesetzt aus Zuchthäuslern und politischen Kzlern aus der Nazizeit. Der SEP und der SMA paßte dieser Vorstand nicht, er wurde abgesetzt und in die Leitung der VVN der Kommunist Laube, der niemals ein KZ gesehen hat, gesetzt. Laube war in der ganzen Nazizeit in Sowjet-Rußland und hat die Dinge nur aus der Vogelperspektive gekannt. Und

wer ist seine Frau? Diese war Oberkapo im Frauenlager in Auschwitz. Sie war dabei, wo Tausende von Frauen durch den Gaskamin gejagt wurden. So sieht in Wirklichkeit die Überparteilichkeit der VVN aus!

Carl Zöllig, Düsseldorf: Ich übertreibe wohl nicht, wenn ich behaupte, daß unsere kommunalpolitische Arbeit noch nie so bedeutungsvoll war wie in der Jetztzeit. Um so bedauerlicher ist es, daß bis heute noch keine Klarheit besteht über den Aufbau unseres Staates und dadurch auch keine Klarheit besteht über die Verteilung der Aufgabengebiete. Auch die Finanzverhältnisse der Gemeinden sind noch gänzlich ungeklärt. Das alles bringt es mit sich, daß die Initiative der Gemeindevertretungen stark gehemmt ist. Es entsteht die Frage, hat die Partei alles getan, was möglich war, um die Arbeit unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten zu fördern? Ich glaube, daß diese Frage verneint werden muß. Zwar hat die Partei schon sehr früh diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt, es kam zur Bildung eines kommunalpolitischen Ausschusses und Beirates. Dieses Gremium hat wertvolle Arbeit geleistet. Auf der Konferenz dieses Ausschusses in Köln wurde die Auffassung der Vertreter aus allen Westzonen in einer umfangreichen Entschließung niedergelegt. Auf derselben Konferenz wurde der Parteivorstand u.a. ersucht, sobald wie möglich die im Jahre 1929 herausgegebenen kommunalpolitischen Richtlinien zu überarbeiten und sie den Genossen zuzustellen. Auch eine Reihe dringender anderer Forderungen wurden aufgestellt, die ich im einzelnen hier nicht aufzuführen brauche, da sie auf Seite 111 und 112 des Handbuches der Partei für das Jahr 1947 aufgeführt sind. Leider hat der Parteivorstand bisher noch keine dieser Wünsche erfüllt. Und das Ergebnis? Die Einheitlichkeit der Haltung unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten, auf die wir seit jeher so stolz waren, ist dahin. Es kommt sehr oft vor, daß unsere Fraktionen bei Abstimmungen in der Gemeindevertretung auseinanderfallen, und sehr oft können wir feststellen, daß alte sozialdemokratische Grundsätze von unseren Vertretern in den Gemeindeparlamenten nicht beachtet werden. Das ist auch erklärlich, denn im starken Maße sind seit 1945 Neulinge auf kommunalpolitischem Gebiet in die Gemeindeparlamente eingeströmt. Gerade dieser Umstand hätte den Parteivorstand veranlassen müssen, so schnell wie möglich die oben angeführten Wünsche der Kölner Konferenz zu verwirklichen. Seit der Konferenz in Köln hat man nichts mehr von der Existenz des kommunalpolitischen Ausschusses gehört. Ja, wie es jetzt heißt, hat der Parteivorstand diesen Ausschuß aufgelöst. Wenn das wahr ist, dann ist doch die Frage gestattet: Wer hat dem Parteivorstand das Mandat zur Auflösung dieses Ausschusses gegeben? Wenn eingewendet wird, daß der Ausschuß nicht von einem Parteitag gewählt, sondern vom Parteivorstand eingesetzt worden ist, so bin ich doch der Meinung, daß der Parteivorstand nicht ohne den Parteitag diesen Ausschuß wieder auflösen kann. Es ist die Frage aufzuwerfen, was aus der Kölner Entschließung geworden ist. Der Parteitag muß meines Erachtens vom Parteivorstand verlangen, daß er den Ausschuß schnellstens zusammenruft, um Wege zu suchen, wie so bald wie möglich unseren Genossen das Rüstzeug für ihre Arbeiten übermittelt werden kann. Wir rechnen damit, daß die kommenden Wahlen den Einfluß unserer Genossen in den Gemeindeparlamenten wesentlich verstärken werden. Es ist die Pflicht der Partei, dafür zu sorgen, daß, wenn die neu gewählten Gemeindevertretungen zusammentreten, das Versäumte nachgeholt ist, damit die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Einheitlichkeit und Grundsätzlichkeit in der Haltung der sozialistischen Gemeindevertretungen gewährleistet wird.

Heinrich Schroth, Solingen: Der Genosse Schönfelder hat dem Parteivorstand, und zwar besonders den Teilen, die die organisatorischen Arbeiten zu betreuen haben, eine Anerkennung gezollt, die ich leider nicht teilen kann. Wir haben zwar den Parteivorstand, aber ich habe so manchmal das Gefühl, daß er nicht die notwendige Verbindung zu den Einheiten der Partei hat, sonst könnte es nicht möglich sein, daß sich ein Partikularismus breitmacht. Hier ist eine

Aufgabe, die wir schon beim vorigen Parteitag zu bewältigen hatten, die sich aber bis jetzt nicht wesentlich gebessert hat. Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen.

In der Frage der Entnazifizierung betonte die Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen, wir machen nicht mehr mit. Sie hat diesen Beschluß sachlich begründet, und ich glaube, es gibt heute keinen Menschen in der Partei, der noch sonderlich begeistert wäre von der Tätigkeit in den Entnazifizierungsausschüssen. Trotz dieses Beschlusses sind alle Entnazifizierungsausschußmitglieder noch lustig tätig. Ich weiß nicht, ob die Autorität der Partei nicht soweit geht, einmal gefaßte Entschlüsse in der Partei auch wirksam werden zu lassen.

Es gibt noch andere Dinge, die auf der gleichen Basis liegen und die in den Beschlüssen des Parteivorstandes zum Ausdruck kommen, z. B. die Beschlüsse, die indirekten Wahlen zu einem deutschen Parlament und verfassunggebenden Versammlung nicht gutheißen zu können; sie waren unannehmbar nach dem Beschluß des Parteivorstandes und sind doch auf indirektem Weg nachher zustande gekommen.

Parteigenossen! Wenn so zwischen Beschluß und Handlung Differenzen sind, wenn so Lücken aufklaffen, dann muß etwas nicht in Ordnung sein, dann muß in der Organisation einmal Nachschau gehalten werden. Es ist zu überlegen, wie diese Dinge zu ändern und zu bessern sind.

Der Genosse Heine hat heute den Parteizeitungen das Wort geredet, die von ungeheurer Bedeutung sind. Ich gebe ihm bis zu einem gewissen Grade recht; aber wenn wir so weit kommen, daß die Parteizeitungen in unserem Bezirk nur in sehr beschränktem Maße Kenntnis von einem sozialdemokratischen Parteitag nehmen, dann, Genossen, fehlt mir dafür jedes Wort. Ich will nicht sagen, daß unsere Parteizeitungen oder die Zeitungen, die zur Zeit für die Sozialdemokratische Partei lizenziert sind, nunmehr vielleicht so werden sollen, wie 1933 unsere Parteizeitungen waren — man kann da einen gewissen Spielraum lassen —, aber in gewissen Bezirken verlangen wir ein Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei, wie die Zeitungen, die zu anderen Richtungen tendieren, ebenfalls zu tun bereit sind.

Genossen! Jetzt noch zum Antrag des Ortsvereins Solingen zur VVN. Dazu ein paar Worte zu den sehr temperamentvollen Ausführungen unserer Genossin Jeannette Wolff. Parteigenossen! Wir wollen uns nicht darüber streiten, was die VVN ist, wer sie beherrscht und wer nicht. Aber ich möchte eine andere Organisation entgegenhalten; ich nenne einige Namen: Kardinal Innitzer, Kardinal Faulhaber und Kardinal Frings sind neben ihrer Tätigkeit als Kirchenfürsten mindestens ebenso bedeutsame Politiker und stehen einer Organisation vor, in der zumindest eine ganze Reihe Sozialdemokraten tätig sind. Über die Rolle der CDU, deren Tätigkeit die Arbeit dieser Männer gewidmet ist, brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Das ist in dem Referat Kurt Schumachers gestern zum Ausdruck gebracht worden. Ich glaube, mindestens so gefährlich, wie der sogenannte Faschismus war, ist auch der „schwarze Faschismus"! Und mindestens so gefährlich wie Pieck und Grotewohl ist in meinen Augen auch der Herr Adenauer, der sich der Dienste dieser Leute bedient. Aber ich habe nicht gehört, daß die Mitgliedschaft in der Kirche unvereinbar sei mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei. (Beifall.) Parteigenossen! Wenn dem so ist, dann frage ich: Sind nicht in der VVN wichtige, brave, und vor allen Dinge aktive Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei? Sind es nicht wertvolle Leute, die im Konzentrationslager ihre Zugehörigkeit zur freiheitlichen Organisation und ihre Bereitschaft, für die Demokratie Opfer zu bringen, bekundet haben? Unsere Genossen, die in dieser Frage tätig waren, haben das Recht, wenn so über ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei entschieden werden soll, dazu gehört zu werden. Der Parteivorstand hätte die Möglichkeit gehabt, dieses Thema auf dem Parteitag in Nürnberg zu verhandeln, da diese Frage uns in aller Öffentlichkeit vor dem Parteitag beschäftigte und dort Beschlüsse auslöste. Ich sage auch nicht, daß ich der Meinung sei, daß der Parteivorstand nicht beschließen soll. Ich wünschte, daß er etwas mehr täte. Aber Genossen, man muß soviel Fingerspitzengefühl haben,

zu wissen, was man selbst beschließen kann und was man zur Beschlußfassung der Betroffenen behalten muß. Es gibt heute — ich betone das gar nicht — in der Sozialdemokratischen Partei auch eine Menge Nationalsozialisten. Ich lehne es ab, daß diese Leute über mich richten, der ich zu Beginn des Jahres 1933 von den Nationalsozialisten fast zu Tode geprügelt worden bin.

Deshalb glaube ich, kann der Parteitag dem Antrag des Ortsvereins Solingen, dem Antrag 15, zustimmen, der nichts anderes bezweckt, als daß sich in diesen wichtigen und entscheidenden Fragen der Parteivorstand vorher die Zustimmung der Mitgliedschaft einholt.

Im übrigen muß ich zum Schluß dazu bemerken: ich bin nicht für Alte-Kämpfer-Organisationen. Ich glaube, daß, wenn wir uns zu entscheiden haben als Kämpfer der Sozialdemokratischen Partei, auch nur diese Partei in Frage kommt.

Ernst Schumacher, Würzburg: Genossinnen und Genossen! Die Funktion und der Umfang unserer Parteiorganisation müßten ohne die Kraft der politischen Idee erfolglos bleiben. Das sagte uns heute morgen Erich Ollenhauer. Es bedingt das eine das andere. Wir müssen auch hier, und vielleicht gerade hier, zu unserer Organisation kritisch Stellung nehmen. Der Grad der politischen Bildung und Fähigkeit unserer Mitglieder entspricht vollkommen der deutschen Situation nach dem Nazismus und nach dem Kriege. Wir sind aus der Zeit der Improvisation der organisatorischen Arbeit noch nicht heraus. Wir haben in unseren Reihen noch nicht die Klarheit, die Zweckmäßigkeit und die Einheit gefunden, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands haben muß. Die Kompetenzgliederung in unserer Partei, vom Ortsverein bis in die höheren Parteiinstanzen, entspricht absolut nicht immer der Zweckmäßigkeit unserer politischen Arbeit. Wir könnten für viele Instanzen, bis unten zum Ortsverein, den Funktionären mit besonderen Kompetenzansprüchen sagen: Genossen, in der Beschränkung zeigt sich der Meister! Heute ist die Partei oft nur eine Partei-Behörde. Die Organisation muß aber die Kraft sein, die der Idee den Erfolg schafft. Deshalb müssen wir die Organisation zu dem Kraftwerk machen, das heute bei den uns gestellten Aufgaben die höchste Kapazität entwickeln kann. Genossen, was ich meine, ist, daß mit den vielen Reden über Einzelheiten in der Partei, wie z. B. zu dem VVN-Komplex, viel zu viel Kraft verbraucht wird, die sehr viele Genossen beim Aufbau einer festen und klaren Organisation besser verwenden könnten. (Beifall.) Wir haben so viele in der Öffentlichkeit tätige Funktionäre, die trotz der großen Belastung, die die vielen Detailfragen unserer Zeit mit sich bringt, sich in der Zukunft mehr für den ehrenamtlichen Dienst in der Partei interessieren müssen. (Beifall.) Das trifft nicht nur für einzelne Bezirke oder Unterbezirke zu. Es ist eine starke Krise in der Organisation seit der Währungsreform zu überwinden, die nur durch vermehrte ehrenamtliche Kraft in der Partei überwunden werden kann. Diese Aufgabe erfüllt sich nicht allein mit Mitgliederwerbung und Propaganda, die primäre Aufgabe der Organisation muß die Schulung und die Bildung unserer Mitglieder sein, um aus dem Zustand herauszukommen, daß sich Jungsozialisten bis zu 40 Jahren in Sondergruppen für die Parteiarbeit vorbereiten wollen. Es ist in unserer Organisation noch viel zu viel die Meinung vertreten, daß wir durch amtliche Arbeit in der Organisation die Arbeit der ehrenamtlichen Funktionäre ersetzen können. Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften, unser Verhältnis zu den Genossenschaften, unsere Aufgabe für die Jugend können wir mit Erfolg nur leisten, wenn jeder an seiner Stelle dafür sorgt, daß zu der vielen hauptamtlichen Arbeit in der Partei in vermehrtem Maße die organisatorische Arbeit aller kommt. Die volle Parteiwürde hat jeder erst, wenn er mit Würde die schwere Bürde der Partei leistet. (Beifall.)

Arthur Arzt, Wiesbaden. Hochverehrte Parteigenossinnen und Parteigenossen! Ich bin leider gezwungen, Ihre Aufmerksamkeit noch einmal auf die Anträge zu richten, die sich mit der VVN beschäftigen und die niedergelegt sind in den Anträgen von Frankfurt und Wiesbaden. Ich bitte dringend um Ihre

geschätzte Aufmerksamkeit, weil ich das Problem von einem Punkte aus beleuchten will, den ich als bedeutend für die gesamte Partei erachte.

Wir hatten unserem Wiesbadener Antrag eine Begründung vorausgeschickt, die leider nicht abgedruckt erscheint, welche lautet: Der Beschluß, die Zugehörigkeit zur VVN verträgt sich nicht mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei, ist von so tiefer, weittragender Bedeutung, daß der Parteivorstand von sich aus einen solchen Beschluß nicht fassen kann. Nach unserer Meinung hat er seine Kompetenz bei weitem überschritten. (Beifall.) Die Unterstreichung dieses Punktes erscheint mir von prinzipieller Wichtigkeit. Worauf alles ankommt, ist, daß die Demokratie unter allen Umständen erhalten bleibt und daß die Sozialdemokratische Partei bestrebt sein muß, die aktive Willensbildung von unten auf zu fördern und zu achten. Wir haben bereits die Tatsache zu verzeichnen, daß viele Parteigenossen sagen: Wir sind nichts weiter mehr als Befehlsempfänger. Ich untersuche nicht, ob das richtig oder falsch ist, aber diese Tatsache selbst muß uns aufmerksam machen, daß wir keine Methoden einreißen lassen, die etwa nach Politbüro riechen. Deshalb betonen wir, daß ein solcher Beschluß nur auf dem Parteitag gefaßt werden kann. Wenn der Parteitag beschließt und dem Parteivorstand recht gibt, dann sind wir selbstverständlich als gute Demokraten gewillt, uns diesem Votum zu unterwerfen. Wir möchten also einen Riegel gegen jede Selbstherrlichkeit des Parteivorstandes vorgeschoben wissen. Zur Sache selbst muß ich sagen, daß der Beschluß des Parteivorstandes sehr schlecht vorbereitet war und daß wir hier eine bedauerliche Art von Dilettantismus feststellen müssen. Der Parteivorstand hat völlig vergessen, daß in verschiedenen Bezirken die VVN politische Funktionen hat, die ihr von der Militärbehörde übertragen worden sind. Ehe man nicht eine selbständige Organisation aufgebaut hat, die das ersetzt, was bisher der VVN zugebilligt war, sollte man einen solchen Beschluß nicht in die Öffentlichkeit gehen lassen.

Es wäre auch notwendig gewesen, sich erst mit anderen Parteien in Verbindung zu setzen, um einen solchen Antrag auf breiterer Plattform vorbereiten zu können.

Das Material, das der Parteivorstand für seine Haltung verbreitet hat, ist mehr umfangreich als stichhaltig. Er sieht die Dinge viel zu sehr mit der Brille von Berlin und der Ostzone an, ohne das Gesamtbild zu betrachten. Parteigenossen: Wir wissen, daß die Begründung des Parteivorstandes hinsichtlich der Ostsektoren ohne weiteres zutrifft. Wir wissen, daß die Kommunisten jede Organisation benützen, um von dort aus ihre politische Gedankenwelt vorzutragen. Das ist beinahe eine Selbstverständlichkeit, und ich wünschte bloß, daß diese Aktivität unsere eigenen Parteigenossen mehr auszeichnen würde. (Beifall.) Wenn nämlich im Westsektor Beschlüsse gefaßt sein sollten, die der Sozialdemokratie nicht passen, dann läge das an der Schlafmützigkeit und Inaktivität unserer eigenen Parteigenossen. (Beifall.) Wo nämlich unsere Parteigenossen ihre Pflicht getan haben, waren bedauerliche Beschlüsse oder gar das Aufkommen einer rein kommunistischen Agitation überhaupt unmöglich. Auch in anderen Körperschaften sind Beschlüsse gefaßt worden, die ein Sozialdemokrat nur bedauern kann. Ich erinnere an Beschlüsse der Gewerkschaften, an ihre Streiks usw., die den ganzen Streikgedanken lächerlich gemacht und abgestumpft haben, nicht allein zum Schaden der Partei, sondern zum Schaden von ganz Deutschland. Dem Parteivorstand ist es aber nicht eingefallen zu sagen: Die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft verträgt sich nicht mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.

Ich möchte noch an ein anderes Beispiel erinnern, das zeigt, wie vorsichtig man mit Anschlußanträgen und deren Begründung sein muß, damit nicht andere Ausschlußanträge uns vielleicht morgen die Zugehörigkeit zur Europäischen Union verbieten. Auf einem Parteitag haben wir die sogenannte Nelsongruppe oder den ISK ausgeschlossen gegen den Widerstand der Delegierten aus Sachsen und anderen Teilen Deutschlands. Heute nehmen Mitglieder der ISK ganz hervorragende Positionen in der Partei ein, obgleich der Ausschluß noch nicht offiziell aufgehoben ist. Sie sehen, zu welch lächerlichen Konsequenzen Ausschlußanträge führen können.

Ich habe leider keine Zeit, Ihnen auseinanderzusetzen, was wir aus der VVN hätten machen können. (Hört, hört!) Aber auf einen Punkt muß ich hinweisen. Der berühmte Victor Gollancz hat seinen heldenmütigen Kampf gegen die Gesamtschuld des deutschen Volkes basiert auf die Tatsache der Opfer des Faschismus. In seiner kleinen Broschüre „Was Buchenwald wirklich bedeutet" weist er nach, daß die Tausende und aber Tausende Opfer der Konzentrationslager der lebendige Beweis sind gegen die Behauptung der Gesamtschuld des deutschen Volkes. Es sind also alle die Menschen, die sich in der VVN vereinigt haben. Wie können wir dieses lebendige Kapital, welches historisch in der VVN vereinigt ist und in welcher hervorragende Parteigenossen in führenden Positionen der Westzonen ihre ehrliche Arbeit getan haben und in gutem sozialdemokratischem Sinne wirkten, durch einen Beschluß des Parteivorstandes so schnell beiseite schieben!

Deshalb bedaure ich, daß der Parteivorstand unserer Bitte nicht nachgekommen ist, sich noch einmal die ganze Angelegenheit durch den Kopf gehen zu lassen. Nachdrücklich aber möchte ich noch einmal betonen, daß derartige Beschlüsse lediglich den Kompetenzen des Parteitages vorbehalten sein müssen, daß sie die Kompetenz des Parteivorstandes überschreiten. (Beifall.)

Geldern, Kempen: Genossinnen und Genossen! Der zweite Tag des Parteitages ist fast zu Ende. Morgen steht der letzte Tag des Parteitages vor uns. Die Aufgabe des Parteitages ist es m. E. zweifellos, für ein weiteres Jahr maßgeblich die Arbeit der Partei zu bestimmen. Ich gehöre zu dem Kreis der jüngeren Generation der Partei. Ich gehöre zu dem Kreis derjenigen Menschen, die noch suchen nach einem Weg und diesen Weg in der Sozialdemokratischen Partei zu finden hoffen. Wenn ich mir nun aber den Ablauf des vorigen Parteitages und den von heute vor Augen halte, bei allem Verständnis für die augenblicklichen Verhältnisse in Berlin, für die Situation in der Stellungnahme gegenüber der Mitgliedschaft zur VVN, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn ein großer Teil unserer Delegierten blind der Tatsache gegenüber steht, daß wir auf Grund der vor Monaten stattgefundenen Währungsreform Millionen von vollständig verarmten Menschen haben. Ich kann mich des Eindrucks nicht verschließen... (Unterbrechung durch den Vorsitzenden: Sie sprechen nicht zur Tagesordnung!) ..., daß wir uns dessen nicht bewußt sind, daß Millionen von Menschen nicht ein ordentliches Dach über dem Kopf haben.

Ich möchte deshalb den Antrag — zur Geschäftsordnung — einbringen, über die Währungsreform oder mehr oder weniger wichtige Punkte und Anträge zum Parteitag nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus zu diskutieren und die Zeit zu beschränken. Ich bitte die Genossinnen und Genossen, die zu Anträgen und Problemen Stellung nehmen, das nicht in wiederholender Form zu tun, denn der Parteitag ist nicht nur für diese Dinge da, sondern auch, um Wege zu suchen und zu finden zu konkreten Grundlagen für die Zukunftsarbeit. Wenn ich mir die Ausführungen des Genossen Lüdemann und des Genossen von Hamburg vergegenwärtige, die wirklich Maßgebendes und Konkretes in sich hatten, dann bedaure ich, daß Genossen zu Dingen Stellung nehmen, die weit von dieser konkreten Linie liegen.

Ich möchte nicht den Antrag auf Schluß der Debatte einbringen, sondern ich möchte lediglich die Parteitagsleitung bitten, die Aussprache über die einzelnen Punkte auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. (Beifall.)

Der Vorsitzende bittet, das zu befolgen.

Herbert Wehner, Hamburg: Genossinen, Genossen! Ich wollte einige Worte zu dem Antrag 17 von Hamburg sagen. Der Parteivorstand empfiehlt, diesen Antrag an eine Kommission zu überweisen, die schon besteht. Unser Antrag fordert aber die Bildung einer speziellen Kommission zum Studium und zur Förderung der Arbeit sozialdemokratischer Betriebsgruppen. Wenn jetzt gesagt wird, dieser Antrag solle als Material irgendwohin verwiesen werden, so befürchten wir, daß man der Notwendigkeit, der wir mit unserem Antrag Rechnung tragen wollten, nicht gerecht wird. Wir wollen nämlich die Aufmerksamkeit darauf lenken,

daß die bisherige Arbeit noch nicht genügt. Wenn wir nach neuen organisatorischen Formen suchen, so müssen wir uns darüber klar werden, daß wir in manchen Dingen weit über das hinausgehen müssen, was wir sozusagen gewohnt sind. Es wäre schade, wenn dieser Antrag in einer Kommission verschwinden würde, die sich mit im Grunde genommen ganz anderen Aufgaben dringlicher Art zu beschäftigen hat, mit dem Studium von Aufgaben gewerkschaftlicher Art. Bei der Arbeit sozialdemokratischer Betriebsgruppen aber handelt es sich darum, der Partei ein politisches Fundament und ein Rückgrat in den Betrieben zu geben. Das ist notwendig, vor allem auch auf Grund der ganz veränderten Situation in den Gewerkschaften. Darüber brauche ich vor diesem Kreis nicht ausführlicher zu sprechen, aber ich möchte gerade diesen Gedanken zu bedenken geben. Auf Grund der veränderten Situation in den Gewerkschaften brauchen wir Betriebsgruppen, die mehr sind als Organisationen, die gelegentlich einmal eine Versammlung machen oder Schwierigkeiten ausbügeln. Hier wurde unter Beifall festgestellt, daß die Hamburger Hoch- und Straßenbahner auf Initiative ihrer Betriebsgruppen nach der Währungsreform mehr als 5000 DM für Berlin gesammelt haben. Glaubt Ihr, das hätte man machen können ohne die tägliche Arbeit unserer Betriebsgruppen? Das kann man nur, wenn die Belegschaften die Existenz unserer Betriebsgruppen im täglichen Leben spüren, wenn wir um ihr Vertrauen kämpfen. Wir möchten mit unserm Antrag erreichen, daß alle Erfahrungen zum Beschreiten neuer Wege ausgewertet werden. Sollte der Parteitag unsern Antrag an die bestehende Kommission verweisen, so bitten wir darum, in deren Rahmen eine Unterkommission einzusetzen, die sich aus Praktikern zusammensetzt und speziell die in unserem Antrag gekennzeichneten Aufgaben bearbeitet.

Gestatten Sie mir noch zu einigen anderen Punkten einige Ausführungen: einige Worte zum Punkt VVN. Diejenigen Genossen, die das Weiterverbleiben in der VVN befürworten, und diejenigen, die meinen, der Parteivorstand habe nicht demokratisch gehandelt und nur der Parteitag hätte einen Beschluß fassen dürfen, diese Genossen haben bei der Begründung ihres Standpunktes ausschließlich über gestern und vorgestern gesprochen. Sie haben gar keinen Blick für das Heute und Morgen. Hier liegt die große Gefahr, sich in bestimmten Traditionen zu verheddern. Formalistische Auffassungen von Demokratie feiern bei solcher Argumentation Triumphe. Die andern benützen unseren spießbürgerlichen Formalismus, um uns übers Ohr zu hauen.

Das Erlebnis der Konzentrationslager und der Illegalität wird von den kommunistischen Strategen kaltblütig ausgebeutet, wir werden zu Gefangenen einer Sentimentalität, die sie als Trick benützen. Die kommunistische Parteistrategie bedient sich für ihre Zwecke des Beharrens auf lokalen demokratischen Rechten in unseren Reihen, das die kommunistischen Parteiführer in ihrer eigenen Partei mit Stumpf und Stiel ausrotten würden.

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die VVN auch die Grundlage bilde, um den Geist wachzuhalten, die Schuldigen am Terror von gestern der Bestrafung zuzuführen. Es gibt offensichtlich ehrliche Sozialdemokraten, die sich dieser Illusion hingeben. Zu ihnen möchte ich sprechen, nicht zu Agenten, denen gegenüber Argumente wirkungslos wären. Aber oft hängen selbst ehrliche Sozialdemokraten unbewußt irgendwie an irgendeinem Faden, der von sehr geschickten Menschen gesponnen wird.

Wenn es so wäre, daß die Organisation der VVN dazu dienen müßte, den Gedanken der Verfolgung und der Bestrafung der Schuldigen von gestern wachzuhalten — abgesehen davon, daß wir uns als Partei Manns genug fühlen könnten, das zu machen —, müßte man fragen: Wo hat die VVN dazu beigetragen, die Schuldigen, die Mörder an Tausenden von Kommunisten während ihrer Illegalität, nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland, zur Verantwortung zu ziehen? (Beifall.) In Rußland sind mehr als Dreiviertel der kommunistischen Emigration verschwunden. Sie wurden liquidiert, ohne daß ein Hahn danach krähen durfte. Einige werden als Opfer des Faschismus ausgegeben und sind von andern umgebracht worden. (Zustimmung.) Das ist Punkt für Punkt zu beweisen. Genossen,

mit dem Gesicht zum Gestern zu kann man nicht Politik für heute und morgen machen. Man kann nicht auf der einen Seite der Partei und ihrem Parteivorstand vorwerfen, sie koordinierten nicht genug, um gleichzeitig in diesem Falle einer völligen Desorganisation, die das Gegenteil von Koordination ist, das Wort zu reden. Denn darum handelt es sich. Man kann nicht gleichzeitig den Kampf führen um das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung Berlins und den Kampf gegen den Terror in der Ostzone, wenn man in den Westzonen mit diesen Leuten zusammengeht und in derartigen Vereinigungen... (Die weiteren Worte des Redners sind infolge des Beifalls nicht verständlich geworden.)

Genossinnen und Genossen! Hier ist ein Problem der Koordination, Koordination im Kampf gegen den Feind, der uns im Moment am meisten zu schaffen macht. Redet doch nicht sentimental von der „Brücke nach dem Osten" und von Gefühlen mit den im Osten leidenden Menschen. Nein, bekämpft ihre Henker und die, die sie gefangen halten! Das ist das Problem. Die Partei zerfiele in einen Haufen von Diskutierklubs, wenn sie zuließe, daß ihre Exekutive nicht das Recht hätte, in bestimmten wichtigen politischen Situationen politisch richtige Maßnahmen durchzusetzen. (Beifall.)

Gestatten Sie mir zum Schluß noch ein Wort, Genossinnen und Genossen! Einer der leitenden Leute der VVN in der britischen Zone, der Zonensekretär Schwarz, bezeichnet sich als Sozialdemokrat. Er ist es nicht. (Zuruf: Er ist es nicht.) Der Mann, der behauptet, er sei Sozialdemokrat, brachte es fertig, ehemaligen politischen Gefangenen, die ihm nicht genehm waren, ungeachtet dessen, daß sie fünf Jahre in deutschen Zuchthäusern gesessen haben, den sogenannten Paß zu verweigern, weil die herrschende kommunistische Parteibürokratie sie als Gegner betrachtete. Einem alten Kommunisten gegenüber gab Schwarz als Begründung für die Verweigerung des Passes die Erklärung: Darüber haben nicht wir zu entscheiden, darüber entscheidet die Kaderabteilung der KPD. So ist es. Die „Kaderabteilung" der KPD entscheidet. Die Sozialdemokraten hätten, auch wenn sie eine formale Mehrheit hätten, in diesen Vereinigungen nichts zu sagen. Diejenigen, die das nicht sehen wollen, wissen nicht, daß sie genasführt und gegen die eigene Partei als Stoßbrecher eingesetzt werden. (Beifall.)

Wilhelm Nießwandt, Essen: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Genosse Ollenhauer hat in seinem Schlußwort eine Erklärung gefunden, die da lautet, wenn es der Partei gelingt, auch in die Reihen der Bevölkerung einzubrechen, die noch nicht zu uns gehört, dann kann die Partei die Volkspartei werden. Ich möchte hier folgendes sagen: Um eine Volkspartei zu werden, oder besser ausgedrückt, um die Partei des deutschen Volkes zu werden, bedarf es einer absolut straffen Organisation. Um dieser Organisation willen hat Essen den Antrag an den Parteitag gelangen lassen. Wir betrachten eine Organisation, die sich heute noch als VVN repräsentiert, als absolut überflüssig. Wir empfehlen dem Parteitag, diesen Antrag anzunehmen und somit die Diskussion über dieses Problem zu beenden.

Was mich weiter veranlaßt hat, liegt auf der Ebene der einzelnen Sparten, die die Partei aufzuweisen hat, und über die die einzelnen Sachbearbeiter hier Bericht erstattet haben. Unter diesen befindet sich die Betriebsorganisation. Welche Bedeutung die Partei dieser Sparte beizumessen hat, haben jedenfalls die Verhältnisse im Ruhrgebiet gezeigt. Ich darf behaupten, daß von dort aus der Auftrieb zu verzeichnen ist, die Betriebsräte maßgebend zu beeinflussen, und das nur deswegen, weil diese Organisation zu funktionieren beginnt. Aber sie hat über diese wahltechnischen und aufklärenden Begriffe hinaus eine besondere Bedeutung, und zwar in der Richtung, wenn wir das, was uns Berlin gezeigt und was uns der Ostsektor immer wieder dokumentiert, verhindern wollen, dann muß für diese Betriebsorganisation eine Parole gelten: Schlagt die Kommunisten, wo ihr sie trefft! Nur so und in dieser Form vermögen wir die Betriebe von dem Einfluß dieser Leute zu befreien. Dazu gehört aber auch folgendes, daß die anderen Sparten, die innerhalb unserer Organisation zu verzeichnen sind, nicht nur dazu dienen, um vorhandene Parteigenossen zu sammeln, sondern auch in diesen Sparten Parteiarbeit zu leisten. Das betrifft die Justiz und all die anderen Gruppen, die hier aufgeführt worden

sind. Auch dort sollen diejenigen, die als Parteigenossen dort stehen, eine Arbeit in diesem Sinne leisten. Nicht nur ein Flugblatt, nicht nur ein gesprochenes Wort in der Versammlung, sondern die Arbeit an Ort und Stelle kann die Entscheidung herbeiführen. Eine andere Frage, die eine Rolle in der Berichterstattung gespielt hat, war die Frage der Koordinierung. Ich möchte den Vorstand bitten, darauf zu achten, daß, wenn man von Koordinierung spricht, besonders auch mit den Genossen, die in wirtschaftlichen Organisationen eine führende Rolle spielen, bevor sich Dinge ereignen oder eine gesetzliche Regelung in den Parlamenten geplant ist, eine Koordinierung vorgenommen wird. Ich möchte damit die Doppelgleisigkeit in der Vorbereitung von Gesetzen vermeiden. Ebenfalls aber soll sich auch das Referat Wirtschaft in bezug auf die Gestaltung der Wirtschaftsorganisationen den Kopf zerbrechen, inwieweit man hier diejenigen Kreise anzusprechen vermag, die dazu dienen sollen, die Partei zur Partei des Volkes werden zu lassen. Danach haben wir unsere praktische Arbeit auszurichten und somit auch unserer Presse die Richtung zu geben, in der sie zu arbeiten hat. Dann werden wir uns im nächsten Jahr über manchen Fortschritt, der erzielt worden ist, unterhalten können. (Beifall.)

Vorsitzender: Genosse Meitmann hat auf das Wort verzichtet. Das Wort hat Genosse Carlo Schmid.

Carlo Schmid, Tübingen: Genossinnen und Genossen! Das Problem VVN darf nicht für sich allein betrachtet werden, sondern nur im Zusammenhang mit der gesamten politischen Strategie der Kommunisten. Die Kommunisten haben längst eingesehen, daß sie bei uns in Deutschland keine Chance haben, im offenen Kampf der Ideen und auch im offenen Kampf der wahren Kräfte Raum zu gewinnen. Sie sind statt dessen zu der Methode des Trojanischen Pferdes übergegangen, gelegentlich auch zu der des Trojanischen Esels. (Heiterkeit.) Sie haben unter überaus vielen, sehr „ehrenwerten", Bemühungen und auch manchmal Sentimentalitäten sogenannte neutrale Gruppen geschaffen, mit denen sie in die politischen Parteien den Hader und die Spaltung tragen wollen.

Die Partei stand im letzten Jahre vor der Frage, wie sie unseren Berliner Genossen in ihrem Kampf gegen den Terror der SED am wirksamsten helfen könnte. Dabei spielte eine große Rolle die Erwägung, daß gerade damals die SED die VVN als einen ihrer Rammböcke gegen die Partei einzusetzen begann. Um den Berlinern zu helfen, hat der Parteivorstand den Beschluß gefaßt, der einigen unserer Genossen nicht gefallen hat. Wenn wir nicht gehandelt hätten, hätten wir unsere Pflicht versäumt. Man hat zu meinem Bedauern hier davon gesprochen, daß dieses Verhalten nach Methoden des Politbüros rieche, aber haben wir denn vergessen, daß zwischen zwei Parteitagen es der Parteivorstand ist, der aus dem Mandat der gesamten Parei heraus die dringlichen politischen Entscheidungen zu treffen hat? (Zuruf: Sehr richtig.) Es ist Sache des Parteitages, den Parteivorstand sachlich zu desavouieren, wenn er schon meint, der Parteivorstand habe falsch gehandelt. Aber dem Parteivorstand übel zu nehmen, daß er gehandelt hat und zu behaupten, handeln sei undemokratisch, scheint mir nicht richtig zu sein.

Man hat auch davon gesprochen, daß man sich vorher hätte mit den Genossen verständigen müssen, die in der VVN sind. So etwas mag das eine oder andere Mal taktisch geschickt und klug sein, aber prinzipiell gesehen ist das ein verhängnisvoller Standpunkt. Wenn wir einmal anfangen, in der SPD eine Naziverfolgtenfraktion aufzumachen, dann die Frauenfraktion, eine Bauernfraktion usw., und wenn Beschlüsse der Parteiorgane nur im Einverständnis mit diesen Fraktionen ergehen dürfen, dann ist die Einheit der Partei dahin. Es gibt in der Partei nur Gesamtentscheidungen und keine Entscheidungen bestimmter Gruppen innerhalb der Partei. Man spricht gelegentlich davon, das sei etwas wie Terror und gebraucht dann das Wort „Hannover" mit einem ausgesprochen wenig wohlwollenden Akzent. Eine Partei wie die unsrige steht und fällt mit der Fähigkeit ihrer Mitglieder zur Parteidisziplin. Parteidisziplin bedeutet nicht den Zwang zu einer bestimmten Meinung. Wir sind eine demokratische Partei, jeder kann zu den Dingen die Meinung haben, die ihm paßt; wenn

aber die verfassungsmäßigen Körperschaften der Partei einen Beschluß gefaßt haben und die Partei zur Aktion übergeht, dann gibt es nur die Einheit der Aktion. (Zuruf: Sehr gut!) Niemand ist gezwungen, sich daran zu beteiligen; wer aber als Sozialdemokrat in seiner Eigenschaft als Sozialdemokrat auftritt und damit die Partei mittelbar oder unmittelbar engagiert, der muß im Rahmen der Aktionseinheit der Partei auftreten. (Beifall.) Das wird manchmal Konflikte bringen. Ich kann verstehen, daß mancher Genosse, der in der VVN ist, unter einem schweren inneren Druck steht; aber man muß sich entscheiden können. Es gibt absolute Prioritäten in allen Dingen, die uns angehen. An erster Stelle steht aber immer die Gesamtpartei und ihr gegenüber ist alles andere sekundär. (Beifall.) Man kann nicht Sozialdemokrat sein und gleichzeitig noch eine ganze Reihe anderer Dinge vertreten, wenn diese anderen Dinge im Widerspruch zur Parteieinheit stehen. Das ist Parteidisziplin und nicht etwa Knechtung und Vergewaltigung des Gewissens!

Manche unserer Genossen glauben, wir sollten in der VVN bleiben, denn da und dort hätten wir eine Mehrheit und fast nirgends hätten diese Kommunisten. Es kommt doch bei einer so geschlossenen Aktionsgruppe, wie es die KP ist, nicht darauf an, ob sie die formale Mehrheit hat; es genügt völlig, wenn sie Schwerpunkte bilden kann. Solche Schwerpunkte, einheitlich dirigiert, bedeuten mehr als eine Majorität, die nicht gesteigert und nicht kommandiert ist. Deswegen nützen uns die gelegentlichen Mehrheiten, die wir haben, und die paar Sekretariate gar nichts.

Wenn man glaubt, es lohne sich, in der VVN zu sein, um dort belehrend wirken zu können, mein Gott: sind wir denn in Schilda oder auf dem Parteitag? Es handelt sich doch nicht darum, daß dort mehr oder weniger schlecht informierte politische Gegner sind, auf die wir belehrend einwirken können — es stehen doch dort Leute, die sich zu einer Organisation bekennen, die am Tage nach ihrem Machtantritt ihre politischen Meinungsverschiedenheiten mit uns im Wege des Genickschusses entscheiden wird! (Zuruf: Sehr richtig! Beifall.) Ich glaube, daß es nicht gerade die intelligentesten Kälber sind, die sich ihre Metzger selber holen. (Beifall.)

Fritz Polenz, Hannover: Genossen und Genossinnen! Ich will die Bedeutung des Punktes der Tagesordnung „Arbeitsbericht des Parteivorstandes" nicht verkleinern; ich bin mir klar darüber, daß eigentlich über einzelne Punkte noch viel mehr gesagt werden müßte, aber wir stehen vor der Wahl: entweder wir diskutieren noch stundenlang über die Arbeitsberichte und es kommen die wichtigsten Punkte, wie „Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates", „Soziale Neuordnung als sozialistische Gegenwartsaufgabe" heute und morgen viel zu kurz, oder wir beenden jetzt die Diskussion. Ich stelle daher den Antrag auf Schluß der Debatte. (Beifall.)

Vorsitzender: In die Rednerliste sind noch einige Redner eingetragen. Wünscht jemand gegen diesen Schlußantrag zu sprechen? (Niemand meldet sich.) Dann bitte ich diejenigen, die zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich darf um die Gegenprobe bitten. — Mit sehr großer Mehrheit ist der Antrag angenommen. Nun habe ich zunächst mitzuteilen, daß Dr. Philipp Auerbach jetzt telephonieren läßt, daß er infolge dringender Besprechungen leider nicht abkommen kann. Er bittet, freundliche Grüße schicken zu dürfen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die mit diesem Punkt der Tagesordnung in Verbindung stehenden Anträge. Das Schlußwort hat zuvor der Genosse Egon Franke.

Egon Franke, Hannover: Genossinnen und Genossen! Ich kann mich recht kurz fassen, da von den Diskussionsrednern all die Fragen erörtert wurden, die im Zusammenhang mit dem VVN-Problem zu behandeln waren. Vorweg möchte ich die organisatorischen Dinge ansprechen, um dann zum Schluß die VVN-Frage noch einmal kurz zu streifen.

Parteivorstand und Parteiausschuß schlagen dem Parteitag vor, alle Abänderungsanträge zum Parteistatut dem Parteivorstand zu überweisen, um in einer Organisationskommission unter Berücksichtigung aller Momente eine etwa erforder-

liche Satzungsänderung vorzubereiten. Auch die durch den Genossen Werner Jacobi als Sprecher für mehrere Bezirke beantragte Veränderung der Zusammensetzung des Parteiausschusses ist nicht nur eine Frage technischer Art, sondern eine prinzipielle Frage, und ich möchte bitten, daß dieser Gesichtspunkt beachtet wird. Erst nach der Beratung mit Vertretern der Bezirke, die eine andere Auffassung vertreten, können wir zu einer Einigung kommen, die im Interesse der Gesamtorganisation, auch der kleineren Bezirke, liegt. Ich glaube, daß es zu verantworten ist, bis zum nächsten Parteitag noch mit den jetzigen Satzungen weiterzuarbeiten.

Zur Frage der VVN, Genossinnen und Genossen, ist festzustellen, daß der Beschluß des Parteivorstandes nicht gefaßt wurde, ohne die Beteiligten zu hören! Allerdings wurden die Vertreter der Bezirke, wurde die Parteiorganisation befragt und nicht die VVN! Ich glaube, das ist eine Tatsache, die Beachtung finden sollte. Wir haben uns seit mehr als zwei Jahren in der Partei mit den Beteiligten wiederholt über die Frage der VVN unterhalten. Wir hätten in Nürnberg auf dem Parteitag bereits einen Beschluß fassen können, der die endgültige Entscheidung in der VVN-Frage vor Jahresfrist herbeigeführt hätte. Aber gerade weil uns daran lag, mit den beteiligten Genossinnen und Genossen in Konferenzen und Verhandlungen einig zu werden, haben wir in Nürnberg auf einen Beschluß verzichtet. Seit Nürnberg fanden verschiedene Konferenzen statt. Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, daß im September des Jahres 1947 eine Anzahl von Genossinnen und Genossen auf der Konferenz in Springe noch anderer Meinung gewesen sind, als sie es im Mai dieses Jahres waren. Wir haben tatsächlich das nur Erdenkliche getan, um die Mitglieder an der Diskussion dieser Frage zu beteiligen. Zwei Jahre sind wahrlich eine Zeit, die ausreichen muß, um einen Schluß zu finden. Wenn es in Deutschland eine Partei gibt, in der die gesamte Mitgliedschaft an Entscheidungen beteiligt ist, Genossinnen und Genossen, dann ist es die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Genossinnen und Genossen, zum Abschluß kommend, möchte ich nochmals empfehlen, die Anträge bei der Abstimmung so zu behandeln, wie der Parteivorstand und Parteiausschuß es vorschlagen.

Vorsitzender Gnoß: Die vier anderen Referenten haben auf das Schlußwort verzichtet. Wir kämen zum Antrag der Kontrollkommission, dem Parteivorstand Entlastung zu erteilen. Ich bitte die Genossen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Dann bitte ich um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Soweit ich sehen kann, ist keine Stimme dagegen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Anträge, die zu Punkt 3 der Tagesordnung vorliegen.

Zunächst Antrag Nr. 10 des Bezirks Obere Rheinprovinz, in der Vorlage Nr. 4, die Ihnen vorliegt, die Frage der Pflicht der Wiedergutmachung der Schäden der Verfolgten des Naziregimes. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich die Hand zu erheben. (Erfolgt.) Ich darf Sie um die Gegenprobe bitten. (Erfolgt.) Der Antrag ist einstimmig angenommen. (Zuruf: Ich bitte um die Nummer des Antrages!) Die Nummer des Antrages habe ich Ihnen gesagt, es ist Nr. 10. (Zuruf: Es ist schlecht zu hören!)

Es kommt nunmehr die Abstimmung zu Antrag Nr. 11 derselben Vorlage vom Unterbezirk Essen, in dem praktisch die Bestätigung des Beschlusses des Parteivorstandes in Sachen VVN durch den Parteitag vorgenommen wird. Wer für den Antrag ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist gegen 21 Stimmen angenommen.

Damit wären alle Anträge, die sich mit dieser Frage beschäftigen, und zwar die Anträge Nr. 12, 13 und 14, erledigt. Der Antrag Nr. 15 hat einen anderen Inhalt. Durch diesen Antrag wird dem Parteivorstand das Recht bestritten, einen solchen Beschluß fassen zu können. Ich wäre der grundsätzlichen Bedeutung wegen der Meinung, daß über diesen Antrag besonders abgestimmt werden muß. Es erhebt sich dagegen kein Widerspruch, wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Nr. 15 der Ortsgruppe Solingen ist, den bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich danke! Ich bitte um die Gegenprobe. (Erfolgt.) Der Antrag ist mit übergroßer Mehrheit abgelehnt.

Antrag 16, gestellt vom Bezirk Obere Rheinprovinz, befaßt sich mit der Frage der Veranstaltung von würdigen Gedenkfeiern zur Erinnerung an die durch den Naziterror gefallenen sozialdemokratischen Freiheitskämpfer. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag dem Parteivorstand zur weiteren Veranlassung zu überweisen. Wer dafür ist, diesen Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, bitte ich die Hand zu erheben. — Bitte die Gegenprobe. — Es ist gegen zwei Stimmen so beschlossen worden.

Antrag 17 der Landesorganisation Hamburg. Er wünscht, daß unverzüglich eine Kommission zum Studium und zur Förderung der sozialdemokratischen Betriebsgruppenarbeit gebildet wird. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag an den Parteivorstand und den Betriebs- und Gewerkschaftsausschuß zu überweisen. Wer für die Erledigung dieses Antrages in diesem Sinne ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist gegen 23 Stimmen so beschlossen worden.

Antrag 18 des Unterbezirks Unterweser wurde zurückgezogen und gelangt nicht zur Abstimmung.

Wir kommen zu den Anträgen zu Punkt 3 b der Tagesordnung. Zunächst Antrag 19 des Bezirksvorstandes des Bezirkes Hessen-Süd betreffend die Festlegung der Beiträge innerhalb der Partei gestaffelt nach den Einkommensverhältnisen. Eine Abänderung hierzu ist im Antrag 66 formuliert. Die gedruckte Vorlage ist verteilt worden und liegt den Delegierten vor. Ich hoffe, daß alle davon Kenntnis genommen haben. Wir kommen zur Abstimmung des Antrages 66 an Stelle von Antrag 19. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist gegen 16 Stimmen angenommen worden.

Antrag 20 des Bezirksvorstandes des Bezirks Hessen-Süd sieht die Regelung der Beiträge für Erwerbslose vor. Es wird vorgeschlagen, ihn anzunehmen mit den Abänderungsvorschlägen des Genossen Nau, an Stelle von 30 Pf. 25 Pf. als vorläufigen Beitrag für Erwerbslose festzulegen. Wer für die Annahme des Antrages ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Antrag 21 des Bezirksvorstandes des Bezirks Hessen-Süd beschäftigt sich mit der finanziellen Unterstützung unserer Berliner Parteiorganisation. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Zu Punkt 3 c der Tagesordnung stehen folgende Anträge zur Erledigung: Zunächst Antrag 22, Unterbezirk Göttingen. Hier wird gewünscht, daß der Parteivorstand die Herausgabe einer Zeitschrift für „Theorie und Praxis des Sozialismus" vorbereiten soll. Es wird vorgeschlagen, den Antrag dem Parteivorstand zu übergeben. Wer für die Überweisung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Einstimmige Überweisung ist beschlossen.

Antrag 23 stammt ebenfalls vom Unterbezirk Göttingen. Auch hier wird vorgeschlagen, diesen an den Parteivorstand zu überweisen. Damit ist zunächst einmal, glaube ich, der Versuch gemacht, dem Antrag Rechnung zu tragen. Wer für die Überweisung des Antrages 23 an den Parteivorstand ist, bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen.

Antrag 24, von Groß-Frankfurt gestellt, ist praktisch durch den Antrag 61, der hier eingereicht worden ist, überholt. Der Vorschlag ist zu finden im Nachtrag zu Vorlage Nr. 4. Wer für den neuen Antrag ist, bitte ich eine Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Entschließung ist einstimmig angenommen.

Zu Punkt 3 d der Tagesordnung liegt zunächst Antrag 25 des Unterbezirks Göttingen vor. Es handelt sich um die Unterstützung der Frauenwettbewerbe durch eine Frauenwerbewoche. Es wird vorgeschlagen, den Antrag anzunehmen und dabei die Antragsabänderung durch den Antrag 64 in der Nachtragsvorlage mit zu berücksichtigen. Der Antrag würde dann durch den Ergänzungsantrag 64 folgendermaßen lauten:

„Die Parteibezirke werden beauftragt, zur stärkeren Heranziehung der Frauen jährlich eine Frauenwerbewoche abzuhalten. Während dieser Werbewoche soll die gesamte Parteiorganisation in den Dienst der Frauenarbeit gestellt werden."

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, bitte ich, die Hand zu erheben. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschlossen worden.

Antrag 26, ebenfalls Unterbezirk Göttingen, beschäftigt sich mit der Frage der Rechtsstellung der Frau im bürgerlichen Leben. Es wird vorgeschlagen, diesen Antrag mit einem Abänderungsantrag des Parteivorstandes und Parteiausschusses, der unter Antrag 65 zu finden ist, anzunehmen. Danach würde der Antrag lauten:

„Der Parteivorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den zuständigen sozialdemokratischen Fraktionen dafür zu sorgen, daß der Grundsatz der vollen staatsbürgerlichen Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten verwirklicht wird. Die Durchführung dieses Grundsatzes ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei."

Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. — Ich danke. Wer gegen den Antrag ist, bitte ich ebenfalls, sich zu melden. — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Damit, Genossinnen und Genossen, sind auch die Anträge, die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellt waren, erledigt. (Zuruf: Antrag 70!) Ich bitte um Entschuldigung. Es ist ein Abänderungsantrag. Wenn der Beschluß von eben Gültigkeit haben soll, kann ich über diese Vorlage nicht mehr abstimmen lassen. Praktisch handelt es sich hier um eine Erweiterung des Antrages 10. Der letzte Absatz fehlt:

„Ebenso soll die Partei alles tun, um den Opfern einer neuen Diktatur, die Gesundheit, Freiheit und Existenz einbüßen oder in ihrer Freiheit gefährdet sind, zu einer neuen Existenz und einer neuen Heimat zu verhelfen."

Es verschlimmert nichts, wenn wir neben Antrag Nr. 10 auch über diesen Antrag Nr. 70 abstimmen und beschließen. Wer für die Annahme dieses Antrages Nr. 70 ist, bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig beschlossen.

Es liegt außerdem, bis jetzt aber noch nicht verteilt, der Antrag des Bezirks *westliches Westfalen vor, unterschrieben von mehr als 30 Delegierten.* Der Antrag verlangt die Umänderung des § 22 unseres Statuts in der Zusammensetzung des Parteiausschusses. Der Genosse Jacobi hat diesen Antrag vorhin begründet. Der Genosse Franke hat vorgeschlagen, diesen Antrag dem Organisationsausschuß zu überweisen, damit er im Zusammenhang mit der endgültigen Neuberatung des Organisationsstatuts berücksichtigt wird. Es handelt sich dabei um die Anträge, die unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges" stehen. Ich bitte, daß wir über diesen Antrag dann gemeinsam mit den Anträgen der 1. Vorlage abstimmen. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, daß der Antrag auch am besten hier hineinpaßt. — Ich höre keinen Widerspruch. Dann wird über diesen Antrag beim Tagesordnungspunkt „Verschiedene Anträge" noch einmal zu verhandeln sein.

Es ist nunmehr beabsichtigt, bevor wir das Referat des Genossen Kriedemann über die Arbeit des Wirtschaftsrates entgegennehmen, die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission vorzunehmen, und dann im Verlauf der weiteren Verhandlungen eine Auszählung der Stimmzettel vorzunehmen. Die Stimmzettel werden jetzt verteilt. Ich mache für die Durchführung des Wahlaktes darauf aufmerksam, daß wir dazu eine kleine Änderung unserer früheren Beschlüsse vornehmen müssen, in denen die Zusammensetzung des Parteivorstandes festgelegt wurde. Es war auf dem Parteitag in Nürnberg beschlossen worden, daß neben den beiden Vorsitzenden sechs besoldete Vorstandsmitglieder gewählt werden sollen; aber es war ausdrücklich eine dieser Stellen freigelassen worden. Sie sollte dann besetzt werden, wenn Parteivorstand und Parteiausschuß die geeignete Persönlichkeit dafür gefunden haben. Jetzt haben wir in unserer Vorstandswahl wiederum nur sieben besoldete Vorstandsmitglieder, müssen also jetzt beschließen, daß

1. die Zahl der besoldeten Vorstandsmitglieder auf 7, die Zahl der unbesoldeten auf 23, und die Gesamtzahl der Parteivorstandsmitglieder auf 30 festgelegt wird.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag, den ich anschließend noch einmal verlese:

„Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf besoldeten Mitgliedern und 23 unbesoldeten Beisitzern",

wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist, soweit ich sehen kann, gegen drei Stimmen beschlossen worden. Nun zur Durchführung der Wahl des Parteivorstandes. Es stehen auf dem Stimmzettel, der jetzt zur Verteilung kommt, zunächst in einer besonderen Gruppe die beiden Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer und in der nächsten Gruppe weitere fünf besoldete Mitglieder des Parteivorstandes. Dann folgen die Vorschläge, die für die unbesoldeten Beisitzer gemacht worden sind. Ich möchte jetzt schon auf folgendes aufmerksam machen. Wenn auch der Stimmzettel alle Namen enthält, so ist doch praktisch in den drei Gruppen eine besondere Abstimmung dadurch gegeben, daß für die besoldeten Parteivorstandsmitglieder keine anderen Vorschläge gemacht worden sind. Für die Wahl ist ferner die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich. Von den unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstandes, die zur Wahl stehen, sind soviel Namen zu streichen, daß nicht mehr als 23 unbesoldete Mitglieder des Parteivorstandes übrig bleiben. Stimmzettel, die mehr als 23 Namen unbesoldeter Mitglieder des Parteivorstandes enthalten, sind ungültig. Ich werde von der Genossin Gotthelf darauf aufmerksam gemacht, daß nach einem Beschluß des Nürnberger Parteitages mindestens vier Genossinnen unter den Parteivorstandsmitgliedern sein sollen. Ich bitte, das zu berücksichtigen. (Beifall.) Also noch einmal: Von der Liste der unbesoldeten Mitglieder sind soviel Namen zu streichen, daß insgesamt 23 stehen bleiben. Stimmzettel mit mehr als 23 Namen sind ungültig. Die Stimmen werden ausgezählt. Ich bitte, die Wahl entsprechend vorzunehmen, und werde die Stimmzettel später durch die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission einsammeln lassen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich hier vorn einzufinden. Ich nehme an, daß kein Widerspruch erfolgt, wenn ich feststelle, daß die Mandatsprüfungskommission die Funktion der Wahlkommission ausüben soll. Ich höre keinen Widerspruch. Die Mandatsprüfungskommission übernimmt auch die Funktion der Wahlprüfungskommission. Sind die Stimmzettel jetzt da? Wir werden, bis die Stimmzettel verteilt sind, fünf Minuten Pause eintreten lassen und dann zur Erledigung des Tagesordnungspunktes 4 das Referat des Genossen Herbert Kriedemann hören. Bei der Abgabe der Stimmzettel muß die Delegiertenkarte vorgezeigt werden.

Damit kein Irrtum entsteht: Unter den vorgeschlagenen unbesoldeten Parteivorstandsmitgliedern befand sich heute vormittag auch der Genosse Wenzel Jaksch. Sie finden den Namen nicht auf der Vorschlagsliste. Der Genosse Wenzel Jaksch ist durch eine schriftliche Erklärung von dieser Nominierung als Mitglied des Parteivorstandes zurückgetreten. Ich möchte dies nur zur Information sagen.

Ich werde gefragt, wieviel Namen gestrichen werden müssen, damit die Liste gültig ist. Es werden 23 Mitglieder gewählt, 26 Namen sind auf der Liste enthalten. Es müssen also mindestens drei Namen gestrichen werden. Ich bitte nunmehr die Mandatsprüfungskommission, die Stimmzettel einzusammeln.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung. Der Tagesordnungspunkt sieht vor:

Bericht der Fraktion des Wirtschaftsrates

Es spricht Genosse Kriedemann.

Herbert Kriedemann, Frankfurt am Main: Genossen und Genossinnen, wenn jetzt über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat berichtet wird und damit dieses Stück sozialdemokratischer Parteiarbeit zu seiner